

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Montage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Annonce: Annahme: Bureaus der Posener Zeitung sind: in **Posen** bei Hrn. Buchhändler Joseph Solowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (C. & W. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in **Gnesen** bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichsstrahlen-Ecke Nr. 4; in **Nogatzen** bei Herrn Buchhändler Jonas Alexander; in **Schrimm** bei Herrn Hermann Cassiel; in **Grätz** bei Herrn Louis Streisand und Herrn D. Kempner; in **Bromberg** E. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Rudolf Mosse; in Berlin: A. Reitemeyer, Schloßplatz; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Sabath; Jenke, Wal & Freund; in Frankfurt a. M.: G. L. Danke & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Posener Zeitung.

Inserate
1½ Sgr. für die fünfgespaltenen Seiten oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 2. März. Se. M. der König haben Allernädigst geruht: Den ordentlichen Professor der Theologie, Universitätsprediger, Domherrn und Director des Predigerseminars in Leipzig, Dr. Bruno Brückner, zum Propst an der St. Nikolai- und Marien-Kirche in Berlin und zugleich zum Ober-Konsistorial-Rath und Mitgliede des Evangelischen Ober-Kirchenrath zu ernennen.

Die Landtagsession

geht mit raschen Schritten ihrem Ende entgegen und es ist Zeit, ihr Testament zu machen, denn sie wird noch nicht geschlossen sein und wir werden uns schon mit dem Reichstage beschäftigen müssen. Den Mitgliedern beider Versammlungen wird nicht einmal Zeit gelassen sein, sich eine kurze Pause zur Erholung zu gönnen, sie sind seit beinahe vier Monaten angestrengt an der Arbeit und haben wenigstens noch drei Monate gleicher Anstrengungen vor sich, wenn das Zollparlament auch wieder kommt. Es ist gut, den Wählern in Erinnerung zu bringen, was ihre Vertreter leisten sollen und wofür sie dieselben mit der Ehre abgefunden halten; daß die Mitglieder des Reichstages zu dieser Ehre einen bedeutenden Zu- schuß aus ihrer Kasse leisten müssen, ist bekannt, von denen wollen wir nicht reden, welche auf der parlamentarischen Leiter durch Erreichung von Amtmern Entschädigung suchen und finden.

Die verschiedenen Ministerien haben nicht blos ihre ständigen, jährlich geschulten Beamten, die Jahr aus und Jahr ein mit denselben Materien beschäftigt sind, und doch trotz allen Alten und Vorarbeiten noch Jahre brauchen, um Gesetzentwürfe von einiger Bedeutung fertig zu machen, sie können sich auch aus dem weiten Gebiete der Provinzialbeamten beliebige Hilfsarbeiter heranziehen oder Arbeiten machen lassen. Der Abgeordnete dagegen kommt zur Session, ohne auch nur eine Vorstellung von dem Inhalt derjenigen Arbeiten zu haben, welche alljährlich im regelmäßigen Staatsmechanismus erledigt werden müssen, noch viel weniger ist er von den Gesetzgebungsarbeiten unterrichtet, die die Ministerien außerordentlich vorbereitet haben. Das war das letzte Mal in besonders starkem Maße der Fall, die Regierungsbücher waren über die bevorstehenden Arbeiten so geheimnisvoll gewesen, daß man nicht einmal wußte, womit eine kleine Session ausgestattet werden sollte, und nun ist es eine Durchschnittssession mit ungewöhnlich vielen Vorlagen geworden.

Es sind dem Landtage in der laufenden Session vom Ministerium nicht weniger als 75 Vorlagen gemacht, von denen auf das Abgeordnetenhaus 55 kommen. Letzterem müssen nach der Verfassung der Staatshaushaltsetat und alle Finanzgesetze zuerst vorgelegt werden und wenn man zu diesen auch die beiden Vorlagen wegen der Beschlagnahme des Vermögens des Königs von Hannover und des Kurfürsten von Hessen rechnen will, sind deren 10 eingegangen. Mit dem Budget hat sich das Abgeordnetenhaus, einschließlich der Weihnachtsferien, die ersten acht Wochen so ausschließlich beschäftigt, daß die Woche fünf bis sechs Plenarsitzungen gehalten, einige Male die Abende zu Hilfe genommen wurden und alle anderen Arbeiten liegen blieben. Erst nach der Erledigung des Budgets konnte den Kommissionen Zeit zu den nötigen Arbeiten gelassen werden, die sich nicht nur auf die wichtigsten, sondern auch auf die mannigfachsten Gegenstände ausdehnten. Allein den Grundbesitz betrafen fünf Vorlagen und so schwer umgestaltende wie die über den Erwerb und die Belastung von dinglichen Eigentum, die Hypotheken- und Subhastationsordnung. Nur die letzte genannte hat Aussicht Gesetz zu werden, die zuerst beim Herrenhause eingebrachte Vorlage wegen der Expropriation wird hoffentlich nun in verbesserter Gestalt auferstehen und über die anderen Entwürfe wird sich die öffentliche Meinung der Juristen und Laien bis zur nächsten Session wohl so geklärt haben, daß sie zur Reife gebracht werden können. Von der äußersten Wichtigkeit waren die vier Gesetzentwürfe über die Unterrichtsangelegenheiten; warum dieselben nicht Gesetze werden könnten, ist theils bei Berathung von zweien, theils beim Budget, theils bei Petitionen klar genug gelegt. Seit mehr als fünfzig Jahren häufen sich die Akten über die Unterrichtsgesetzgebung im Ministerium ohne ersprießliche Kräfte, obgleich Zeit und Land mächtig vorwärts drängen. Ebenso unfruchtbare ist die Altenanhäufung im Ministerium des Innern, von der Gemeinde-, Kreis- und Bezirksordnung, ist nicht einmal die in zwei Thronreden angekündigte Kreisordnung bis an das Abgeordnetenhaus gekommen, die Neutheilung der Wahlbezirke hat nur bei der engsten Regierungspartei Unterstüzung gefunden. Unannehmbar würde, wenn sie überhaupt noch die Bevölkerungsstadien durchmachen könnte, auch die Vorlage über das Versicherungswesen sein und derselbe Unglücksstern hat über dem Gesetzentwurf wegen der Handelskammern geschwebt. Glücklicher wird die Konkursordnung sein, dem Gesetzentwurf über das Indigenat wird das Herrenhaus den Eingang in die Gesetzesammlung versperren, da es nicht blos den „Unterthan“ nicht entbehren kann, sondern auch mit dem Ministerium die Korrekturen des Abgeordnetenhauses nicht annehmen wird. Dem Geiste des Herrenhauses nahe verwandt sind wegen ihrer junkerlichen Tendenz die vier Gesetzentwürfe wegen der Jagdpolizei, der Schönzeit, der Ablösung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden in Schleswig-Holstein und der Waldgenossenschaften, einer starker

rungswesens und derselbe tritt in dem Gesetz wegen der Stein- und Braunkohlen in den vormaligen kurhessischen Landestheilen hervor. Wenn das Abgeordnetenhaus in diesen Punkten den Wünschen und Bedürfnissen des Landes nicht genügen kann, so hat der Grund in den Prinzipien der Entwürfe gelegen und wenn bei manchen Gegenständen, wie bei der Städteordnung für die Elbhessen, zugthümmer, bei der Fischereiordnung für den Rhein u. s. w. die Debatte schwerfällig wurden, dann ist die Ursache davon, daß das Detail des Gesetzes nicht einfach nach der Logik der Prinzipien ausgeführt wird.

Erfolgreicher wird die Gesetzgebung in Beziehung auf die Eisenbahnen sein, über welche acht Vorlagen gemacht wurden, unverhältnismäßig groß ist aber die Gesetzgebung für einzelne Landestheile gewesen, weil gerade diejenige Ausgleichung zwischen den alten und neuen Landestheilen nicht stattgefunden hat, für welche die sogenannte Diktatur gegeben war, sondern alle großen Verfassungs- und Verwaltungsgesetze diktatorisch auf die neuen Provinzen übertragen wurden, bei denen die Mitwirkung der Volksvertretung vorzuziehen gewesen wäre. Von den 75 Vorlagen der Regierung kommen volle 42 auf einzelne Landestheile, unter denen einige zwar ältere angehen, aber je 7 allein auf Hannover und Schleswig-Holstein, je 5 auf Kurhessen und Nassau, 2 auf Frankfurt a. M., je 1 auf Hessen-Homburg und Meisenheim und 2 auf die neuen Landestheile im Allgemeinen fallen. Endlich hat das Abgeordnetenhaus 30 Mal von seiner Initiative Gebrauch gemacht, mehrere Male zwar nur durch Interpellationen, aber auch durch glückliche Gesetzentwürfe, wie die über die Misshierathen, den Judenteid, die Sicherheit der Eisenbahnbeamten. So ist das Ergebnis der Session, daß in ihr vielerlei Kleines, aber wenig Großes gefördert worden.

D e n t s c h l a n d

Berlin, 2. März. Graf Usedom ist auf seinen Wunsch von Florenz abberufen und zur Disposition gestellt worden. Der König hat ihm bei dieser Gelegenheit den Kronenorden I. Klasse mit dem Emaillebande verliehen. — Ein Soh. Rath v. Schlappegrell in Zelle, der durch seine Theisanahme an der Deutschlands Adresse in weiteren Kreisen bekannt geworden, ist von der Lüneburger Landschaft zum Landschaftsdirektor präsentiert und von allerhöchster Seite bestätigt worden. — Hiesige Blätter haben bereits die Vorlagen aufgezählt, welche in der jüngsten Sitzung des Bundesrathes denselben gemacht werden. Einige derselben beanspruchen ein besonderes Interesse, und mache ich Ihnen daher darüber folgende weitere Mittheilung. Zunächst handelt es sich um den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Bestrafung der Entziehung vom Kriegsdienst und des dabei eintretenden Strafverfahrens. Motivirt wird dies Gesetz dadurch, daß, nachdem die Verpflichtung zu Kriegsdienste im ganzen Bundesgebiet einheitlich geregelt worden es als unangemessen erscheinen müsse, wenn in der Gesetzgebung über die Bestrafung der Entziehung vom Kriegsdienste Verhindertheiten oder gar Lücken fortbestehen würden. Der vorgelegte Entwurf bahnt daher eine gleichmäßige Regelung des Gegenstandes an sowohl in materieller Hinsicht, in welcher er sich an das preußische Strafgesetz vom 14. April 1851 anlehnt, als auch in Betreff des Strafverfahrens, letzteres auf Grund des preußischen Gesetzes vom 10. März 1856. — Unter den ferner Vorlagen befindet sich ein vom königl. sächsischen Bevollmächtigten eingereichter Gesetzentwurf, welcher die Errichtung eines obersten Gerichtshofes für Handelsfachen zum Gegenstand hat. Schon oftmais ist die Errichtung eines solchen gemeinsamen Gerichtshofes zur Sprache gekommen, wodurch die Gesetzgebung für das Wechsel- und Handelsrecht erst zum Abschluß gebracht werden würde. Wenn nämlich die Verkündigung des deutschen Handelsgesetzbuches, des allgemeinen deutschen Wechselrechts und der Nürnberger Wechselnovellen als Bundesgesetze in Aussicht genommen ist, so würde eine Lücke vorhanden bleiben, wenn die oberste

men ist, so würde eine Lücke vorhanden bleiben, wenn die oberste Gerichtshöfe in den einzelnen Bundesstaaten die Bestimmungen jener Gesetze in verschiedener Weise auslegen würden, wie das tatsächlich geschehen ist. Um daher die völlige Gemeinsamkeit der Handelsgesetzgebung im Bunde und ihrer Fortbildung herbeizuführen, wird die Errichtung eines „Bundes-Ober-Handelsgerichts“ beantragt, welches im Herzen von Deutschland und auf einem Knotenpunkt von Eisenbahnen, nach dem sächsischen Vor schlage in Leipzig, seinen Sitz haben soll. Dieser Gerichtshof wird aus 1 Präsidenten, 1 Vizepräsidenten und der erforderlichen Anzahl von Räthen zu bestehen haben, und sollen die richterlichen Mitglieder desselben auf Vorschlag des Bundesrates vom Bundespräsidium ernannt werden. Sämtliche Beamten gelten unmittelbar als Bundesbeamte und werden aus der Bundeskasse besoldet. Die Funktion des Bundes-Ober-Gerichtshofes hat darin zu bestehen, daß derselbe in allen Handelssachen an Stelle desjenigen obersten Gerichtshofes tritt, welcher als solcher für das Bundesgebiet gilt, wo die betreffende Sache in erste Instanz zur gerichtlichen Behandlung gelangt ist. Er bildet die zweite und letzte Instanz, so daß fernerhin ein Spruch in dritter Instanz durch Spruchkollegien oder juristische Fakultäten nicht mehr stattfinden wird. So viel heute von Bundesangelegenheiten

heiten.
○ Berlin, 2. März. Von Seiten der Vertreter des Frankfurter großdeutschen Radikalismus wird bereits die Verweigerung der Ratifikation des Prozesses angekündigt und die dafü-

erforderliche Majorität in der Stadtverordnetenversammlung in ziemlich sichere Aussicht gestellt. Die hier anwesende Frankfurter Deputation scheint von der gegentheiligen Ueberzeugung auszugehen und soll sich dahin geäußert haben, daß nach ihrer Kenntniß der Verhältnisse eine Majorität für Ratifikation des Rezzesses, wenn auch vielleicht keine große, mit Sicherheit zu erwarten sei. Es ist zu hoffen, daß diese Rechnung nicht täuscht. Sollte, gestützt auf das Argument, daß die Deputation ihre Vollmacht überschritten habe, weil sie nur den Auftrag hatte, einen Abschluß auf drei Millionen mit der Staatsregierung herbeizuführen, die Ratifikation des Rezzesses verweigert werden, so würde dies eine Bloßstellung der Krone involviren, die an sich bei der unzweifelhaft guten Absicht unverdient wäre und deren gedeihliche Folgen für Frankfurt noch weniger abzusehen wären. Es stünde dies Verhalten gleichzeitig in einem sehr gressen Gegensatz zu dem Verhalten des Landtags, der ohne eine weitere Kritik seinerseits zu üben, die Vorlage einfach votirte. Auf die anfänglich beabsichtigte gewesene Debatte war von allen Seiten unter der stillschweigenden Anerkennung, daß ein ersprießliches Resultat derselben nicht zu erwarten sei, verzichtet worden. Daß dies Verhalten namentlich an maßgebender Stelle sehr angenehm berührt hat, ist nicht zu bezweifeln, da man darin eine der Stellung der Krone gezollte Rücksicht erblickt. Jedenfalls wäre übrigens mit Rücksicht auf Frankfurt zu wünschen, daß gewisse Blätter und Korrespondenten ihren Eifer, das getroffene Arrangement zu loben, etwas mäßigen. Hatte schon der Finanzminister sich sehr unglücklich bei Ankündigung derselben ausgedrückt, so übertreffen einige andere Blätter mit spöttischen Anmerkungen über Frankfurt denselben noch weit an Ungeschicklichkeit. Alles derartige wird in Frankfurter Blättern sehr genau verzeichnet und dient nur dazu die Stimmung zu verbittern.

— Das Herrenhaus hatte gestern eine nicht uninteressante Verhandlung über das für Hannover sehr wichtig Gesetz, betreffend die Ablösung der Steueraufsen, welche dem Domänen-Fiskus in Hannover zustehen. Die Verhandlung war dadurch von besonderem Interesse, daß Graf Borries dieses aufbot, um durch ein unannehmbares Amendment das Gesetz zu Fall zu bringen, indem er als Köder für die Regierung und das Herrenhaus die Aussicht hinhielt, daß man durch eine Ablehnung des Gesetzes den hannoverschen Adel und großen Grundbesitz für Preußen gewinnen werde, während man ihn sonst noch mehr verbitterte. Auch privatim soll Graf Borries der Regierung in diesem Sinne eindringliche Vorstellungen und Versprechungen gemacht haben, die glücklicherweise nicht verfangen haben. Hätte die Regierung sich auf dies Glatteis begeben, so würde sie für die mehr wie verdächtige Freundschaft des frondirenden Adels die übereinstimmende Opposition der gesammten übrigen hannoverschen Bevölkerung inklusive des grade durch dies Gesetz am ersten zu gewinnenden Bauernstandes sowie der wirtschaftlichen Intelligenz geerntet haben. Durch die energische Befürwortung des Ministers v. Selchow gelang es der Vorlage die Majorität des hohen Hauses zu erringen, worauf Graf Borries erklärt haben soll, daß Herrenhaus sei seinem Ideal nicht reif. — Im Herrenhause ließen heute die neulich errungenen Lorbeeren des Baron Senft den Herrn v. Waldow nicht ruhen. Es gelang ihm seinen Vorgänger zu überbieten, indem er eine „verhungerte Schulehrerwittwe“ für den einzigen Preis erklärte, der ihn veranlassen könne für das Wittwen- und Waisenkassengesetz zu stimmen. Man könnte das Wort auch ein geflügeltes nennen, wenn ihm nicht eine gewisse bestialische Rohheit anhaftete, die dem harmlosen Vogelgeschlecht nicht eigen ist. Zur Ehre des Herrenhauses muß bemerkt werden, daß ein gewisser Ton der Entrüstung ob dieses Ausdrucks die ganze Debatte, die mit der Annahme des Gesetzes endigte, durchzog. — Graf Usedom wird, wie heute gerüchtweise verlautet, als Gesandter nach Dresden gesetzt werden.

— Berlin, 2. März. Die in einigen Presborganen produzierte Mittheilung, daß der König von Sachsen bei Gelegenheit seines jüngsten Besuchs in Leipzig Veranlassung genommen habe, seine Ansichten über den heutigen politischen Status quo darzulegen und die beste Zuversicht auszudrücken, daß die Konstellationen derselben als dem Frieden durchaus günstig zu deuten seien, bewahrheitet sich. Hatte man bisher Veranlassung zu der Vermuthung, daß sich bei dem Darbieten gewisser Eventualitäten der König Johann von Sachsen vielleicht von den Reminissenzen seiner früheren Politik leiten und seinen Verpflichtungen als Bundesmitglied nicht exakt genügen würde, so hat man sich in dieser Beziehung getäuscht, denn nach allem, was der König von Sachsen seit dem Jahre 1866 gethan, rechtfertigt sich das Urtheil, daß er mit dem Eintritt in seine neue Stellung dem Nordbundsorganismus gegenüber seine früheren Antipathien gegen Preußen völlig aufgegeben hat. Nachdem der König wiederholentlich den Kapazitäten Leipzigs die Versicherung ertheilt hatte, daß er fest gesonnen sei, auf dem einmal betretenen Wege fortzuschreiten, ergriff er bei Gelegenheit der Begrüßung einer größeren Deputation das Wort, um folgende Rede zu halten, die ich, aus bester Quelle kommend, hier wörtlich mittheile. „Meine Herren,“ begann er, „Sie erfreuen sich seit 2 Jahren wieder des ungestörten Friedens und zwar eines Friedens, dessen Dauer ich bis in die fernsten Zeiten erstreckt münsche. Die alten Werkstätten“

nisse haben neuen Platz gemacht und zwar, wie ich gern zugeben will, durchaus gefunden. Deutschland wird sich unter der Aegide des Norddeutschen Bundes kräftig fortentwickeln, es wird erstarren und die früher vielfach bespottete deutsche Zerrissenheit wird aufhören. Haben Sie Vertrauen auf die Zukunft, denn an eine Verdunkelung des Friedenszustandes ist nicht zu denken. Ich habe mit Preußen Frieden geschlossen und will ihn als rechtschaffener Mann offen und ehrlich halten, und deshalb kann ich das Treiben einer Partei nicht billigen, welche täglich das Losreihen Sachsen von dem Norddeutschen Bunde und die Wiederherstellung der alten Zustände predigt und dadurch sich den Anschein gibt, als entfülle sie die geheimen selbstfühligen Ziele der sächsischen Regierung. Diese Partei hat durchaus grundfalsche Ansichten und nimmt einen Standpunkt ein, welcher von dem der Regierung himmelweit verschieden ist. Die Wiederherstellung der alten Zustände, meine Herren, ist in Deutschland ein Ding der Unmöglichkeit." In diesen Worten prägt sich unzweifelhaft ein lauterer und offener, jedes Hinterhalts entbehrender Charakter aus, und es kann demnach wohl nicht mehr zweifelhaft erscheinen, daß Sachsen, sollte das Spiel des Mars jemals wieder auf deutshem Boden beginnen, nicht mehr als österreichischer Vorposten, sondern unter den Fahnen Norddeutschlands fechten wird. — Seit längerer Zeit hatte man in ärztlichen Kreisen die Frage ventiliert, ob es nicht dringend geboten sei, den § 200 des Strafgesetzes zu elidieren, nach welchem Medizinalpersonen, die in Fällen einer dringenden Gefahr ohne hinreichende Ursache ihre Hilfe verweigern, mit Geldbuße von 20 bis 500 Thlr. zu bestrafen sind. Einer an das Ministerium gerichteten Petition, zur Ausmerzung dieses Paragraphen die Initiative zu ergreifen, da er einen onerosen Titel des Medizinalgewerbes enthalte, ist seitens desselben nicht entsprochen worden, da man in der Befestigung des qu. Paragraphen die Hilfslosstellung der Bevölkerung derjenigen Ortschaften erblickt, in denen nur ein Arzt fungirt, der in diesem Falle ad libitum seine Hilfe gewähren resp. verweigern könnte. Zweifelsohne wird auch eine in diesem Sinne an das Abgeordnetenhaus zu richtende Petition nicht die Unterstützung der Legislative erfahren, ebenso wenig aber auch die von dem Berliner Rechtsschutzverein ausgehende, die Ausübung des ärztlichen Gewerbes in Zukunft nicht mehr von einer Approbation und Prüfung abhängig sein zu lassen, sondern sie ganz analog den amerikanischen Verhältnissen völlig frei zu geben. — Die Reise des Herzogs von Nassau nach Paris hat in denjenigen Kreisen, welche die Behauptung aufstellen, daß der Herzog von allen Despoten am wenigsten nach einer Restauration lästern sei und sich mit seinem Schicksal äußerst zufrieden erkläre, insofern Bedenken erregt, als man wissen will, daß mehrfache Konferenzen zwischen ihm und dem Kaiser Napoleon stattgefunden haben. Wie ich erfahre, hat der Besuch des Herzogs Adolf in Paris einen durchaus privaten Charakter und entbehrt jedes politischen Anlasses.

— Die Pariser Zeitung „La Presse“ vom 28. v. M. erzählt, daß nach einem an die Korrespondenz „Nord-Est“ (Organ des Prinzen Czartorysky) gerichteten Berliner Briefe Haussuchungen bei Korrespondenten für französische Journales hier gehalten wären. Diese Nachricht ist, schreibt die „Span. Btg.“, jedenfalls erdichtet. Unsere Polizei mag Missgriffe machen, aber sie wird gewiß nicht glauben, daß die Urheber der albernen Erfindungen in Pariser Blättern über Preußen, welche eine vollständige Unkenntnis der hiesigen Lokalverhältnisse verrathen, in Berlin zu finden seien. Die von Pariser Blättern verbreiteten Erdichtungen er Preußen sind dort an Ort und Stelle fabriziert.

— In Danzig fand am 27. Landratswahl, d. h. Wahl zur üblichen Präsentation dreier Kandidaten statt. Der Abstimmung enthielten sich dabei, wie die „D. B.“ berichtet, fünf Kreistagsmitglieder und zwar die Herren Geh. Obergerichtsrath Hoene-Gr.-Leejen, Pohl-Senslau, v. Franzis-Uhlkau, Meyer-Nottmannsdorf und Drawe-Saskozin. Die letzteren vier Herren mottwirten ihre Stimmabhaltung mit folgender zu Protokoll gegebener Erklärung:

„Die nachbenannten Stände des Danziger Landkreises enthalten sich der Abstimmung bei der heutigen Wahl eines Landrates, weil sie nach den Erfolgen, welche die am 14. März 1864 vollzogene Präsentationswahl hatte, es für zwecklos halten, abermals in eine Wahlthätigkeit einzutreten, welche von den vorgezogenen Behörden als reine Formalsache nur so behandelt werden kann, als ob gar keine Wahl stattgefunden habe. Durch die jetzt vollzogene Wahl

wurden von der Majorität der Wahlberechtigten drei in jeder Beziehung qualifizierte Kandidaten, welche außerdem unzweifelhaft patriotische und regierungsfreudliche Männer sind, präsentiert; einer von diesen Kandidaten war sogar von der kgl. Regierung als qualifiziert dadurch anerkannt, daß der selbe etwa zwei Jahre lang hier, und zwar zur Zufriedenheit des Kreises als Landratsamts-Verwalter angestellt ist. Diese Wahl wurde von den vorgezogenen Behörden so vollständig ignorirt, daß ohne Weiteres ein Beamter zum Kreislandrat ernannt wurde, der keinen Grundbesitz im Kreise hatte, dessen Name bei dem Wahlatte nicht einmal genannt worden war. Auf die dieferhalb von der Majorität aller Wahlberechtigten erhobenen Beschwerde, wurde der selbe von der höchsten zuständigen Behörde eine Bescheidung zu Theil, welche es als vollständig gleichgültig erachten läßt, ob überhaupt eine Präsentationswahl vollzogen wird oder nicht. So lange es nun aber noch möglich ist, daß eine solche Interpretation des ständischen Präsentationsrechtes eintreten kann, müssen nachbenannte Kreistände eine Beteiligung bei darauf bezüglicher Wahl als unfruchtbare und zwecklos ablehnen.“

(gez.) Pohl-Senslau, v. Franzis-Uhlkau, Meyer-Nottmannsdorf, Drawe-Saskozin.

Eine ähnliche Erklärung des Abg. Geh. Oberregierungsrath Höne ist ebenfalls zu den Akten von Berlin aus eingezandt.

D e s t r e i c h.

Wien, 1. März. An das Erstehen des Kardinals Fürsten Schwarzenberg in Wien knüpft sich die Meldung, daß hier eine Bischofskonferenz stattfindet, in welcher nach einer Prager Depesche Besprechungen über die Sekundiziefe des Papstes gepflogen werden sollen. Die „Bohemia“ meldet, daß sich der Klerus der Prager Erzdiözese geeinigt habe, anlässlich der Durchführung des neuen Landesgesetzes über die Schulauflistung sich ganz passiv zu verhalten und gegen das bestehende Gesetz keine aktive Opposition zu verfolgen. Als ein neuer Sieg des Grundsatzes der Gleichberechtigung wird die Entscheidung des Wiener Ober-Landesgerichtes zu verzeichnen sein, nach welcher jene Bestimmung des Artikels XIV. des Konkordates, derzufolge Geistliche ihre Haftzeit in Klöstern und nicht in den Strafanstalten des Staates abbüßen dürfen, durch die in den Staatsgrundgesetzen ausgesprochene Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz als aufgehoben betrachtet werden muß. Es bleibt nun abzuwarten, ob in Folge dessen unsere Gefangnisse sich mit Klerikern füllen oder ob die ultramontanen Geistlichen sich endlich der exzessiven Opposition begeben werden. — Heute findet eine Ministerkonferenz statt, auf deren Tagesordnung die Wahlreformfrage steht. Wenngleich nichts Genaueres über die Antwort der Regierung in dieser Angelegenheit verlautet, so läßt sich doch aus den Neuerungen der offiziösen Organe schließen, daß das Ministerium die Entscheidung darüber so lange hinausschieben wird, bis durch den Schluß der Session die definitive Lösung unmöglich gemacht sein wird.

Wien, 2. März. (Tel.) In der heutigen Sitzung des Reichsraths brachte der Unterrichtsminister den Gesetzentwurf betreffend das Volksschulwesen ein. Bei Erläuterung des Entwurfs erklärte der Minister, die Regierung habe für denselben die besten Gesetze gebraucht. In Berücksichtigung der Einzeländer sei der Landesgesetzgebung genügender Spielraum gelassen worden. Die Regierung hofft, es werde dem Zusammenwirken der gesetzgebenden Faktoren gelingen, ein vollendetes Werk zu Stande zu bringen. — Dem „Tagblatt“ zufolge wirkt der hiesige italienische Gesandte für eine Zusammenkunft des Kaisers Franz Joseph mit Viktor Emanuel, welche bei Gelegenheit der Reise des Kaisers nach Agram erfolgen soll.

Pest, 27. Februar. Die „W. B.“ teilt mit, daß der Kaiser und König auf den Vortrag des ungarischen Ministeriums die von den aufgelösten Infanterie- und Husaren-Regimentern des Csíker und Hámori-Házy-Stuhls konfiszirten und unter Verwaltung des Aarsas stehenden beweglichen und unbeweglichen Güter, insofern der Staat derselben nicht bedarf, zu öffentlichen Zwecken unter Wohlthätigkeitsbedingungen des Csíker und Hámori-Házy-Stuhls aus Gnade zurückstattet hat.

F r a n c f r e i c h.

Paris, 2. März. (Tel.) Ein kaiserliches Dekret versügt, daß die Kosten der Leichenbegängnisse Troplongs und Lamartine's vom Staat bestritten werden sollen. — In diplomatischen Kreisen verlautet, daß Ritter Nigra seinen hiesigen Posten mit der Gesandtschaft in London vertauschen wird.

S p a n i e n.

Madrid, 1. März. (Tel.) Der Kriegsminister General Prim hat eine Verordnung erlassen, durch welche die für Befrei-

ung von der Militärpflicht zu zahlende Summe von 8000 auf 6000 Realen herabgesetzt wird. — „Impartial“ sagt: Die Regierung und die Majorität der Cortes stimmen darin überein, daß erst nach Durchberatung und Feststellung der Verfaßung die Frage der definitiven Regierungsform zu diskutiren sei. — Der Erzbischof von Granada ist von mehreren Individuen auf der Treppe der dortigen Kathedrale überfallen und schwer verwundet worden.

G roßb r i t a i n u n d Ir l a n d.

London, 2. März. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses wurde der Gesetzentwurf über die Aufhebung der irlandischen Staatskirche in erster Lesung angenommen; die zweite Lesung wird am 18. März erfolgen.

R u s s l a n d u n d P o l e n.

!! **Petersburg**, 25. Februar. Die „Wed.“ bringt einen Auszug eines der „Indep. Belg.“ entnommenen, ursprünglich aus der „Posener Btg.“ stammenden Artikels über den Grenzverkehr mit Russland, und meint, die Regierung müsse solchen mit Zahlen und Daten belegten Berichten der ausländischen Blätter durchaus mehr Aufmerksamkeit widmen und durch anzustellende Recherchen die Wahrheit oder Grundlosigkeit dieser Mittheilungen zu ermitteln suchen. Wenn, sagt die „W.“ weiter, wie es in dem hier bereiteten Bericht der Fall zu sein scheint, die Mittheilungen ohne jeden Anschein von Geschäftigkeit gehalten sind, so darf wohl angenommen werden, daß sie nur den Zweck der Beleuchtung vor Augen haben und jedenfalls auf festem Grunde fußen. Die Regierung braucht deshalb ihrem Prinzip nichts zu vergeben, darf aber auch nicht dulden, daß solch Treiben ungeahndet bleibe, wie es in dem fraglichen Bericht so bestimmt geschildert wird. Daß in dem früheren Königreich Polen die eingerissene Korruption nicht so bald ausgerottet und geregelte Zustände — wie in Russland (!!) — nur mit Mühe hergestellt sein werden, weiß Sedermann; allein dies darf nicht abhalten, Ordnung selbst mit Gewalt einzuführen. Die russische Presse ärgert sich, aber nicht über die Prinzipien in Bezug auf die bestehende Grenzsperrre, sondern nur darüber, daß die Zustände Veranlassung zu Besprechungen geben, welche leicht den guten Willen oder gar die moralische Kraft der Regierung, gegen Ungehörigkeit vorzugehen, in Zweifel ziehen können. — Wir haben hier seit einigen Tagen schönes Wetter bei einer Temperatur zwischen 3—8 Grad Kälte. Die Anstrengungen der Wohlthätigkeits-Komitees zur Steuerung der Noth dauern fort, doch ist noch nicht abzusehen, wie lange diese Zustände dauern werden. In mehreren Gouvernementen stehen ganze Dörfer leer und die Bewohner ziehen bettelnd im Lande umher. Merkwürdig ist, daß bei der überhandnehmenden Noth ein eigentlicher Mangel an Getreide gar nicht vorwaltet und der Roggen nicht theurer ist, als bei ganz normalen Zuständen. Wir hatten schon größere Theuerung und doch keine Noth in solchen Dimensionen, wie gegenwärtig. Wie ich eben höre, wird eine Kommission niedergesetzt werden, welche zu ermitteln hat, wo und wie das Uebel entspringt und was zu einer nachhaltigen Abhilfe zu thun sei.

□ **Konin**, 28. Februar. Gestern ist hier ein Kommissär aus Warschau eingetroffen, welcher die einzelnen Grenzämter eingehend revidiren und ermitteln soll, wie weit die Mittheilungen, die vor Kurzem über den Grenzverkehr mit Russland in der auswärtigen Presse gebracht wurden, wahr sind. Die Regierung daran gewöhnt, daß fremde Blätter hiesige Zustände meist falsch und im gehässigen Lichte schildern, giebt sonst nicht viel auf solche Auslassungen, wenn sie diesmal hiervon eine Ausnahme macht und sich zur Anstellung von Recherchen veranlaßt fühlt, so darf angenommen werden, daß diese Mittheilungen aus einer Quelle stammen, die weit davon entfernt ist, die Zustände in Russland nur im gehässigen Lichte darzustellen. — Wie verlautet, sollen von den Kreisverwaltungen Deputationen abgezweigt und in kleinere Städte verlegt werden. Gegenwärtig sind nämlich die Verwaltungskreise wirklich zu groß und die Kreiseinsassen haben

* Unsere Leitartikel über die Kartellkonvention (vgl. Nr. 38, 40, 42) und über den Verkehr nach Russland (Nr. 43) stützen sich auf gute Information und — wie schon aus ihrer Form hervorgeht, waren sie durchaus freind jeder gehässigen Tendenz, wir suchten vielmehr nur nachzuweisen, daß Russland kein geringeres Interesse als Preußen hat, den Grenzverkehr zu erleichtern und von dem bisherigen System der Grenzsperrre abzugehen.

Neb. d. „Pos. Btg.“

B e i n r i c h t u n g e n .

„Die neue Welt“, eine neue große Zeitung, die jetzt in St. Louis in den Vereinigten Staaten erscheint, fordert die Deutschen jenseits des Oceans auf, sich zu Gesellschaften in den verschiedenen Städten zu vereinen und dann sich die berühmteren Vorlese aus Deutschland hinüberkommen zu lassen, damit sie auch drüben ihre interessanten und bildenden Vorträge halten mögen. Das Blatt nennt Karl Vogt, Bogumil Goly und Ludwig Edvardt. Wartet nicht, bis solche Männer auf ihr eigenes Risiko kommen, sagt es dabei, denn das möchte lange währen, weil der deutsche Gelehrte und Literator nicht so unternehmend und spekulativ ist, wie der englische. Aber was ein Dickens, ein Thackeray den Amerikanern und Engländern, das uns Deutschen zu sein, haben die oben angeführten Männer, zu denen man noch viele andere gesellen darf, ohne Zweifel das beste Zeug.

Der Pariser „Sigaro“ wird nicht müde, in ziemlich durchsichtiger Art Napoleon III. lächerlich zu machen. So erzählt er kürzlich, wie, als Carrouche (ein kürzlich zu Paris verstorben dramatischer Autor) Direktor des Theaters zu Straßburg war, man ihm eines schönen Tages insinuierte, daß eine Kunstreitergesellschaft eben ihren Einzug halte und wie er dieser entgegenkäme, um ihr Anzeige zu machen, daß sie keine Vorstellungen geben dürfe, ohne ihm dafür eine gesetzlich festgestellte Entschädigung zu Theil werden zu lassen. Und wer vor diese Kunstreitergesellschaft? fragt der Pariser „Sigaro“ boshaft. Niemand anders, als Louis Napoleon und sein Gefolge, der eben kam, seine Straßburger Ufaire in Szene zu setzen.

Rossini, der bekanntlich ein sehr guter Wirth war, hat selbst, wie man vernimmt, die Kosten seines Begräbnisses auf 2000 Franks festgesetzt und sterbend seiner Witwe noch zur Pflicht gemacht, diese Summe nicht zu überschreiten. Es ist hoch erfreulich zu sehen, daß Lübeck jede Gelegenheit benutzt, um Emanuel Geibel seine Liebe und Verehrung an den Tag zu legen. Kann Lübeck stolz darauf sein, der Geburtsort des berühmten Dichters zu sein, so kann es noch stolzer sich gehoben fühlen durch den Vorzug, den Geibel seiner Vaterstadt vor allen andern im großen deutschen Vaterlande giebt. Von München hierher zurückgekehrt, hat er bereits vielfache schmeichelhafte Anerbietungen von glanzvollen Haupt- und Residenzstädten von der Hand gewiesen.

Die Wiener Lustspielausschreibung hat selbstverständlich besonders österreichische Dramatiker zur Produktion angespornt. Unter den zur Aufführung empfohlenen Stücken befinden sich auch sechs Komödien von folgenden Autoren: von Bauerfeld „Der Landfriede“, von Leopold Feldmann „Kinder der Zeit“, von Hollstein „Ergänzungen“, von

Heinrich Laube erzählt in seiner Geschichte des „Wiener Hofburgtheaters“, daß wenige Tage nach seiner Enthaltung der Fürst zu Hohenlohe-Inhaber einer ersten Hofcharge, geäußert: „Es müßte ein Ende gemacht werden damit, daß der artistische Direktor das Burgtheater zu liberalen, politischen Stücken missbraucht, wie: „Der Statthalter von Bengal“ und „Aus der Gesellschaft“. — Das wäre denn also des Budels Kern von Laubes Abfegung und Sturz! Was sagt der freisinnige Beust zu einer so aristokratischen Verhafttheit? Die genannten Stücke sind wahrhaftig unschuldig genug; aber Österreich bleibt Österreich trocken und alleadem!

In Havre geht man mit der Idee um, das Theater in die Börse umzuwandeln. Sollte diese Umwandlung wirklich vor sich gehen, meint der Pariser „Sigaro“, so wird man nach wie vor sein Geld hierhertragen, aber vielleicht nicht mehr so viel dabei lachen, wie ehedem.

Der fürzlich verstorbenen berühmten französischen Advokat Berryer soll einer deutschen Familie aus Schwaben mit Namen Bichelberger entstammen. Zwei Brüder dieses Mannes begründeten vor einigen sechzig Jahren in Paris ein Porzellan- und Fayence-Geschäft, das noch besteht, aber jetzt andere Eigentümer hat. Die Brüder trennten sich später und derjenige, der im Geschäft blieb, ist längst mit allen seinen Nachkommen ausgestorben. Berryer ist der Sohn des andern Bruders, der in Frankreich die Laufbahn eines Gelehrten verfolgte und seinem Sohn eine glänzende Erziehung gab.

Der Schlagennaler Moritz Blamarts in Düsseldorf, der auch Schriftsteller wirkt und z. B. bereits mehrere Dramen veröffentlicht hat, wie wir erfahren, für den Tonzeiter Adolf Müller aus Wien, derzeit Kapellmeister in Düsseldorf, einen Opernbeitrag: „König Sigurd's Braut“ nach Geibel's gleichnamigen Gedicht verfaßt, das als sehr gelungen bezeichnet wird.

Von Robert Hamerling's neuester epischer Dichtung: „Der König von Sion“ ist die erste Auflage in einem Beitraume von einer Woche abgesetzt worden, so daß jetzt bereits an der zweiten Auflage gedruckt wird.

Johann Faistenrath, der fleißige Dichter in Köln, welcher Spuren gewissermaßen zum Heimatlande seiner Poësie gemacht hat, hat so eben wieder zwei neue Werke erscheinen lassen, nämlich: „Immortellen aus Toledo“ und „Hesperische Blüthen“, die vieles Schöne und Interessante enthalten.

mitunter 6 bis 7 Meilen bis zum Gerichtsorte. — Die eingesandten Nachweisungen über die im Königreiche vorhandenen Getreidevorräthe ergeben, daß dieselben nicht nur den Bedarf bis zur Ernte vollständig decken, sondern auch noch eine ansehnliche Ausfuhr gestatten; nur an Rauchfutter, besonders an Heu, herrscht stellenweise schon Mangel.

Vom Landtage.

61. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 2. März. Eröffnung 11½ Uhr. Am Ministerisch v. Jenpliz, v. Selchow. — Der vom Herrenhause amendirte Gesetzentwurf, betreffend die juristischen Prüfungen, wird in die Justizkommission zurückverwiesen.

Präsident v. Forckenbeck heilt mit, daß er durch Verfügung vom 1. d. M. die durch den Tod des Geh. Kanzleraths Bleich erledigte etatsmäßige Stelle eines Bureauadirektors des Hauses dem bisherigen ersten Registrator Hoppel definitiv übertragen hat. (Allzeitiges Bravo.)

Auf die Interpellation des Abg. Bieck, ob und warum der Magdeburg-Leipziger Eisenbahngesellschaft die Verpflichtungen auferlegt seien, den Weiterbau der Halle-Kasseler Bahn so zu leiten, daß durch ein schleifenzförmiges Herumführen derselben um Wittenhausen diese Stadt den Bahnhof auf dem linken Ufer der Werra erhalten, und daß nur dann von dieser Bedingung Abstand genommen werden solle, wenn von der betreffenden Gesellschaft der Bau einer Zweigbahn von Kassel nach Helsa ausgeführt würde — erläutert der Handelsminister, daß er seit gestern, wo er von der Anfrage Kenntnis erhalten, nicht in der Möglichkeit gewesen sei, einen Beschluß des Staatsministeriums herbeizuführen und bittet die Sache bis Freitag oder Sonnabend zu vertagen.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein, nachdem der Präsident konstatiert hat, daß kein Widerspruch gegen ihre gefürchtete Feststellung erhoben wird.

Abg. v. Beesten berichtet noch einmal über den Gesetzentwurf betreffend die Umwandlung des Erbbaus, Landsiedellei- u. s. w. Verhältnisse in Eigentum im Regierungsbezirk Wiesbaden und den zum Regierungsbezirk Kassel gehörigen vornehmlich großherzoglichen hessischen Gebietsteilen. Er empfiehlt die vom Herrenhause beschlossene Fassung, welche sich nur durch eine Änderung des § 18 unterscheidet, welche das Übergangsstadium abschafft und eine Gleichförmigkeit der Verhältnisse in Nassau und Hessen herbeiführen soll.

Minister v. Selchow ist mit der Änderung einverstanden und wird das Gesetz mit dem geänderten § 18 genehmigt. — Desgleichen das Gesetz, betreffend eine Gemeinheitsteilung Ordnung für den Regierungsbezirk Wiesbaden mit Ausnahme des Kreises Niedenkopf mit der Änderung, wonach Wiesbaden mit Ausnahme des Kreises Niedenkopf mit der Änderung des Herrenhauses zu § 22.

Abg. Dr. Braun berichtet über den Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung der Vermendungszwecke der Einnahmen aus dem vormalen kurhessischen Staatschaze. — Außer den im Erlaß vom 26. September 1867 aufgeföhrten Zwecken, sollen die Einnahmen aus dem Schaze verwendet werden für die Kosten des Kommunalanlasses und zur Unterstützung und Vermehrung milder Stiftungen, Armen-, Wohlthätigkeit-, und Rettungsanstalten. — Auch dieser Gesetzentwurf wird nach den Vorschlägen der Kommission ohne Debatte angenommen.

Der Präsident nimmt nunmehr die gesetzlerneledigte gebüttete Abstimmung vor über Almea 2 des Antrags der Gemeindelokomission, über die Petition des Berliner Magistrats (betreffend die Heranziehung der Staatsbeamten zur Mietzsteuer) zur Tagesordnung überzugehen. Die telegraphische Glocke, über die der Präsident von seinem Sitz aus verfügt, ruft aus den verschiedenen Lokalitäten des Hauses die Abwesenden herbei und der bisher sehr leere Saal füllt sich rasch mit der beschlußfähigen Besser. Das Resultat erscheint auch heute dem Bureau zweifelhaft, die Zahlung erlangt, daß die motivierte Tagesordnung der Kommission mit 132 gegen 123 Stimmen abgelehnt ist. Dagegen wird der Antrag Hagens auf Überweitung der Petition an die Staatsregierung zur Berücksichtigung von derselben Majorität genehmigt.

Im engen Zusammenhang mit dem Gegenstande der Petition steht der Gesetzentwurf, betreffend die Teilnahme der Staatsdiener in Neuborpommern und Rügen an den Kommunallasten und dem Gemeindeverbande. Derselbe ist bestimmt, die einheitlichen Bestimmungen, die bezüglich der Befreiung der Beamten von einem Theil der Kommunallasten in dem übrigen Staate gelten, auch auf Neuborpommern zu übertragen.

Referent v. Bötticher empfiehlt die unveränderliche Fassung, die das Herrenhaus dem Gesetze gegeben. Dasselbe werde im Regierungsbezirk Stralsund nur das früher geltende Recht herstellen. Wenn auch das Haus in dem soeben gefaßten Beschuß den Grundtag ausgesprochen habe, daß alle derarige Privilegien der Beamten zu befehligen seien, so sei die Majorität für diesen Beschuß doch nur eine geringe gewesen, und andererseits verlange die Rechtsungleichheit, daß die Beamten Neuborpommerns nicht schlechter gestellt würden, als die der übrigen Landesteile.

Abg. Lasker: Eine Annahme des Gesetzes wäre ein direkter Widerspruch gegen diejenigen sowie gegen frühere Beschlüsse des Hauses und des Reichstages. Eine Rechtsgleichheit besteht auch jetzt nicht, nachdem durch die Bundegebotung den Post- und Telegraphenbeamten bereits das Privilegium der theilweisen Steuerfreiheit genommen sei. Am wenigsten dürfe der Grund bestimmend einwirken, daß es zweifelhaft sei, ob die übrigen gesetzgebenden Faktoren den vom Hause ausgeprochenen Grundtag akzeptieren würden. Wolle man daraus stets Rücksicht nehmen, so dürfe man stets eines um so lebhafteren Widerspruchs fürchten. Stelle man ein Prinzip auf, so müßte man es auch bei untergeordneten Fragen zur Anwendung bringen, ohne sich durch Rücksicht auf Rechtsungleichheiten beirren zu lassen, die im vorliegenden Falle von gar keiner Bedeutung seien. Beim Spielkartengesetz habe man in ähnlicher Weise das vom Hause vertretene Prinzip einer Aufhebung der Denunzianten-Anteile durchgesetzt, die Folge davon sei gewesen, daß die einmal durchlöbliche Gesetzgebung über Denunzianten-Anteile überhaupt in kürzer Zeit bestätigt worden. Er bitte die Vorlage abzulehnen.

Reg.-Kommissar Ribbeck beweist, ob der vom Vorredner auf die Nachgiebigkeit der anderen beiden Faktoren der Gesetzgebung gezogene Wechsel akzeptiert werden, und eröffnet keine Aussicht darauf, daß die Resolution auf Berücksichtigung der Berliner Petition irgend welche Wirkung haben werde. Dagegen sei es dringendes Bedürfnis, durch Annahme des Gesetzentwurfs der in Neu-Borpommern bestehenden Anomalie ein Ende zu machen.

Ref. v. Bötticher giebt zu, daß die Annahme der Vorlage einigermaßen im Widerspruch steht mit der eben genehmigten Resolution, findet es aber durchaus gefaslos, dieses Bedenken aufzugeben, denn an Einführung der Mietzsteuer in Neu-Borpommern und Rügen sei nicht zu denken, so, daß sich die in Berlin hervorgebrachte Differenz nicht wiederholen könne.

§ 1 der Vorlage (Von allen direkten Kommunal-Auflagen der Kreis-, Kommunal- und provinzialständischen Verbände sind völlig befreit: die aktive und inaktive Landgendarmerie hinsichtlich ihres dienstlichen und sonstigen Einkommens, mit Ausnahme ihres etwaigen Grundbesitzes oder Gewerbebetriebes, Geistliche, Elementarlehrer, niedere Kirchenbeamte, die inaktiven Beamten hinsichtlich ihrer Pensionen und Unterstüzungsbzüge bis zu 250 Thlr., die Witwen und Waisen der genannten Beamten, die Sterbe- und Gnadenmonate) wird, wie die Zahlung ergibt, mit 125 gegen 123 Stimmen genehmigt, darauf in namentlicher Abstimmung, die Abg. Hagen verlangt, mit 139 gegen 133 Stimmen abgelehnt.

Der Reg.-Kommissar erklärt, keinen Auftrag zur Zurückziehung der Vorlage zu haben, bittet aber, den Gegenstand von der Tagesordnung abzusezzen, was auch geschieht.

Abg. Baur berichtet über die Petitionen, welche sich auf die das Unrechtswesen betreffenden Vorlagen beziehen, die in großer Zahl als Produkt einer das ganze Land erfüllenden Agitation eingegangen sind. Der Referent charakterisiert zunächst die Gruppe der Lehrerpétitionen. Durchweg spreche sich in denselben Unzufriedenheit mit den Gesetzentwürfen, betr. die Regelung der materiellen Lage der Elementarlehrer, und die Bitte aus, diese Vorlagen abzulehnen. Bevorstehende Veranlassung zur Unzufriedenheit habe die Befürchtung gegeben, welche nur zwei Kategorien von Städten feststelle als Maßstab für die Normierung des Gehaltes, so wie die, welche die allmäßige Steigerung des Gehaltes nicht von dem Alter, sondern von der Versetzung in bessere Stellen abhängig mache. Die Borderungen der Lehrer selbst beschränken sich auf das beschlebene Maß; der Beweis, wie man an manchen Orten darüber denke, zeige eine Lehrerpétition aus Lippstadt, welche — nicht etwa ironisch — den Vorschlag mache, die Gehälter zu klassifizieren nach den Löhnen von Arbeitern derselben Kategorie; eine andere Petition bitte, die in der nächstliegenden Arbeiteranstalt für Verpflegung festgestellten Sätze als Maßstab für Normierung der Lehrergehälter anzuneh-

men. Im Allgemeinen gingen die Wünsche nicht über die auskömmliche Stellung eines Subalternbeamten hinaus; für eine solche Stellung verlangten sie aber auch Garantien, und deshalb habe die Unbestimmtheit der Vorlagen über die Dotirung der Landlehrerstellen große Besorgniß erweckt. Die Auffstellung bestimmter Minimal- und Maximalsätze sei nothwendig, und namentlich dürfe in das Minimalgehalt nicht das Einkommen aus kirchlichen Nebenämtern mit eingerechnet werden. Ein sehr großer Theil der Bevölkerung richtet sich gegen das Pensionsgesetz und insbesondere von Schleswig-Holstein aus werde die Durchführung derselben als ein Unglück für die Lehrerkreise hingestellt. Ferner richtet sich der größte Theil der Petitionen auf bessere Vorbildung als sie auf Grund der Regulative in den Seminarien gewährt werde, auf Vertretung im Schulvorstand und Schuldeputationen, vor Allem aber auf Beaufsichtigung von Fachmännern. Weitere Petitionen seien von jüdischen Lehrern vom Rhein her eingegangen, welche um Aufhebung des auf einem Gesetz von 1847 beruhenden Zustandes bitten, wonach öffentliche, jüdische Elementarschulen nur ausnahmsweise gestattet sein sollen. Auch aus Hohenlohern klage man bitterüber die traurigen Verhältnisse der Lehrer, während in Nassau besonderes Gewicht auf die Beibehaltung der liberalen Unterrichtsgesetzgebung von 1817 gelegt werde. Auch die ländlichen Interessen an der Volksschule verlangen die Heranziehung der Güterschaften zu den Kosten derselben. Ein Konsolut von Petitionen aus Pommern dieses Inhalts liegt vor, dessgleichen dieselbe Klage aus den Herzogthümern wegen ungleicher Beurteilung der Schulaufgaben. Dort will man auch die Kinder über das 14. Jahr hinaus in der Schule behalten dürfen, während man am Rhein Entlassung schon im 12. Jahr verlangt. Dieser letztere Wunsch wird auch von einer rheinischen Handelskammer ausgesprochen. Endlich bereffen zahlreiche Petitionen das Verhältniß der Schule zur Kirche, angeregt durch die Neuerungen des Ministers von Mühlner in der Debatte über den Statut des Kultus. Geistliche, katholische und evangelische, warnen vor der drohenden Entchristlichung der Schule, ihrer Verderbnis, vor dem Eintritt eines modernen Heidentums: so aus Schlesien (Breslau, Grafschaft Glatz) 14.000 Unterschriften, aus dem Eichsfeld, namentlich aber aus Denabruß, mit 33.000, aus Nassau mit 23.000, aus Paderborn mit 58.000 Unterschriften. Dies sind die katholischen Petitionen. Ebenso evangelische ähnliche Tendenzen aus Berlin vom christlichen Lehrerverein, aus der Umgegend Königsbergs. Sehr leidenschaftlich und nicht frei von verlebten Neuerungen gegen eine Seite dieses, derselben Hauses, an das die Petition sich wendet, ist eine Petition von Evangelisten aus Breslau, auf die auch andere Beschwerden sich beziehen. Über die angesagten Prinzipien wird in der Zukunft mit scharfen, aber ehrlichen Waffen gekämpft werden müssen. Aber schon heute verbinden die Petitionen der Lehrer Berücksichtigung, aus denen das schmerzliche Verlangen nach einer mäßig auskömmlichen Existenz und einem auf gesunden Grundsätzen beruhenden Unterrichtsgesetz spricht. (Beifall.)

während dieser Debatte (es befindet sich an demselben Herr v. Selchow und einige Kommissare), nachdem auch der Vertreter der Regierung in der Kommission über die Hauptfrage geschwiegen. Im ganzen Hause hat sich nicht eine einzige Stimme erhoben zur Vertheidigung der beabsichtigten Synodalordnung. Man behauptet die Selbstständigkeit der evangelischen Kirche, und doch ist es der Kultusminister, der nach seinen eigenen Ausführungen in der Budgetdebatte die Entwicklung der Kirchenverfassungen in den neuen Provinzen in die Hand genommen, der alle hierauf bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen kontragierte und damit die Verantwortung übernommen hat. Ohne jeden Beweis stellt man die Behauptung auf, es handle sich um einen Eingriff in die innere Kirchenverwaltung. Bis jetzt herrscht reines Staatsregiment in der evangelischen Kirche, es gilt, sie von demselben zu befreien und Staat und Kirche zu trennen. (Beifall.)

Regierungskommissar de la Croix: Der Minister hat in der Kommission seine Stellung zu den Petitionen dahin präzisiren lassen, daß er sie zur Erörterung im Plenum für nicht geeignet hält. Wenn es sich in Zukunft einmal um Berathung einer Kirchenverfassungsvorlage handelt, dann wird es Zeit sein, ihren Inhalt hier zu diskutiren.

Der Antrag Bieck wird abgelehnt (dafür nur die Rechte), der der Kommission, wie die Zahlung ergibt, mit 141 gegen 114 Stimmen genehmigt.

Schluss 4 Uhr. Nachste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. (Petitionen, juristische Prüfung, Rothstandsbericht, Antrag Löwe, betreffend die Kartell-Konvention.) Graf Bethy-Huc bietet diesen Gegenstand aus inneren Gründen abzulegen, zumal Graf Bismarck frank ist. — Abg. Löwe hält eine kommissarische Vertretung des Ministers für genugend. — Abg. Lasker wünscht ebenfalls den Gegenstand auf der Tagesordnung zu belassen, da durch den Bericht des Abg. Gneist, der dem Hause ein sehr wichtiges Recht abstreitet und der sogar durch den „Staatsanzeiger“ veröffentlicht ist, ein ganz neues Moment hinzutreten ist, das nicht unerwidert bleiben darf. — Abg. Graf Bethy-Huc kann die „nationalen“ Gründe, die ihn bestimmen, hier nicht öffentlich ausführen. — Abg. Lasker: Wir sind im Hause nicht so gestaltet, daß eine Debatte über einen in ihm gestellten Antrag zur Schädigung des nationalen Gedankens führen könnte. — Im Moment der Abstimmung beantragt Abg. v. Sacken-Georgien die Auszählung des Hauses. — Präsident: Wir sind bereits in der Abstimmung. Das Resultat derselben ist zweifelhaft und daher Zahlung notwendig. Während derselben entfernt sich der größte Theil der ohnehin schwach besetzten Linien zum sächsischen Erfassen der Rechten und macht damit das Haus beabschlagsfähig. Die Abstimmung ergibt 66 für, 128 Stimmen gegen die Aufstellung des Löweschen Antrages.

20. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 2. März. Eröffnung um 12½ Uhr. Am Ministerisch: Graf Jenpliz, v. Mühlner.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der Finanzkommission über das Gesetz betr. die Erweiterung, Umwandlung und Neuerrichtung der Wittwen- und Waisenkassen für Elementarlehrer. — Die Kommission beantragt, das Gesetz in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung unverändert anzunehmen.

Zu § 4, welcher nach der Fassung des Abgeordnetenhauses lautet: „Die Gemeinden und selbstständigen Güts- oder Domänenbezirke, sowie diejenigen Institute, Kassen etc., welche die Unterhaltung einer Lehrerstelle obliegt, sind verpflichtet, einen jährlichen Beitrag von 4 Thalern für jede ihrer Lehrerstellen zu der Lehrer-Wittwen- und Waisen-Kasse des Bezirks zu zahlen, welchem sie angehören. Sind mehrere Gemeinden, selbstständige Güts- oder Domänenbezirke zu einem Schulverbande vereinigt oder einer Schule zugewiesen, so ist der zu leistende Beitrag nach Maßgabe des gesammelten in den einzelnen Gemeinden, Güts- oder Domänenbezirken aufzomenden Betrages der direkten Staatssteuern (Einkommen-, Klassen-, Grund- und Gebäudesteuer) auf die Befreitenden zu verteilen.“ liegen eine Menge Ammendements vor.

Der Berichterstatter hr. v. Brünneck empfiehlt, das Gesetz unverändert anzunehmen. Er würde es für wünschenswert halten, wenn auch die Staatsregierung ihre Bedenken gegen das Gesetz fallen ließe. Aber auch, wenn dies nicht der Fall wäre, möge man das Gesetz ruhig annehmen und der Regierung Zeit zur Überlegung geben; hoffentlich werde sie, wie früher schon öfter bei andern Gelegenheiten, auch hier ihre Ansicht ändern, um so mehr, als es sich nur um ein paar tausend Thaler zu Gunsten der so bedürftigen Elementarlehrer handle. Er empfiehlt schließlich die Ablehnung aller Ammendements, da die Annahme eines solchen, wie die Dingen liegen, einer Ablehnung gleich kommen würde.

Herr v. Waldau (gegen das Gesetz): Das Gesetz hätte nicht von dem Lehrerrotationsgesetz getrennt werden dürfen, mit dem es zusammengehört. Bei dem gegewaltigen Finanzzustande des Landes könne die Regierung Geldzahlungen, deren Höhe noch gar nicht zu übersehen sei, nicht übernehmen. Es fragt die Regierung, in welcher Weise die 160.000 Thlr. verwandt werden, die für Unterhaltung der Lehrer bewilligt waren, und ob es wahr sei, daß davon nur Lehrer an solchen Schulen unterstellt wurden, an denen der Fiskus Patron ist. Es scheint Modejache geworden zu sein, daß man jetzt immer sagt: „Das Gesetz muß in dieser Session zu Stande kommen.“ Dieses Fabrikgeschäft muß allerdings schwunghaft betrieben werden. Ob sich aber das Lehrerrotationsgeschäft zum fabrikmäßigen Betrieb befürwortet eignet, überläßt ich Ihrer Beurtheilung. Dedenfalls wird das Gesetzgebungsgefecht jetzt bei uns so schwunghaft betrieben, daß es kein Unglück ist, wenn ein Dutzend Gesetze liegen bleiben. Wir fangen nämlich an, die Gesetze nach Dutzenden zu fabrizieren; Dutzendarbeit und Fabrikarbeit ist aber weder gut noch dauerhaft. Wollen Sie die Gesetze so machen, so wird die Würde dieses Hauses gewiß nicht dadurch gewinnen. Wenn wir immer, um das Gesetz recht schnell zu Stande zu bringen, alle unsere Bedenken und Verbesserungsvorschläge aufgeben wollen, so werden wir dazu beitragen, uns selbst zu amputieren. Das werden Sie doch nicht wollen. Ich erwarte, daß mir erst eine Verhungerette Schullehrer mit gezeigt wird; eher werde ich bei diesem Gesetze nicht angstlich sein. (Beifall.)

Graf Borries spricht über hannoversche Schulverhältnisse und bittet die Verwaltung der Elementarschulen in den Händen der Konsistorien zu lassen, wenn dies nicht geschieht, könne er nicht für das Gesetz stimmen.

Herr v. Thadden sucht einige Mängel am Gesetz mit Bezug auf die schleswig-holsteinischen Verhältnisse herzuzeigen.

Graf zur Lippe: Für die Zukunft der Lehrermitteln zu sorgen ist zunächst Sache der Lehrer selbst, man thue schon alles Mögliche, um für die Lage der Lehrer zu sorgen, erst wenn die Kräfte dieser nicht ausreichen, hat die Gemeinde einzutreten. Erst in letzter Linie hat der Staat einzutreten, nicht mit einer bestimmten Summe, sondern nach Beurtheilung des individuellen Falles. Die Prinzipien des vorliegenden Gesetzes sind also nicht annehmbar. Er bittet um Ablehnung.

Professor Dr. Tellkampf empfiehlt die Annahme des Gesetzes. Wenn ein Lehrer sein schweres Amt mit Nutzen verwalten sollte, sei vor allen Dingen nötig, daß er selbst möglichst wenig Kummer und Sorge habe, da er sonst nicht nötige Ruhe zum Unterricht habe. Der Staat habe das größte Interesse daran, daß die Staatsangehörigen gut erzogen werden; und es sei eine sehr übel angebrachte Sparjunkteit, beim Schulunterricht zu sparen. Je besser die Menschen ausgebildet seien, um so mehr werde aber auch ihre Steuerkraft erhöht; alle solche Ausgaben kämen also indirekt dem Staat wieder zu Gute.

Herr v. Kleist-Reckow ist im Allgemeinen mit dem Gesetz durchaus einverstanden. Dasselbe habe ja auch seine gegenwärtige Gestaltung von seinen engeren Parteigenossen im anderen Hause erhalten. Er sucht sodann die statistischen Berechnungen des Abg. Dr. Engel als unrichtig darzustellen. Auf das Lehrerrotationsgesetz zu warten, sei des Lehrerstandes unmöglich und werde nicht dazu beitragen, ordentliche Leute zu Lehrern zu erhalten. Auch er habe allerdings noch keine verhungerte Lehrerwittwen gesehen, auch überhaupt noch keinen verhungerten Menschen. Aber zwischen verhungern und großer Not, und zwischen der Pflicht der Armenverwaltung und derer, die verpflichtet sind, für die Schule zu sorgen, sei doch wohl ein großer Unterschied. Er habe zwar auch gegen § 4 manche Bedenken, auf die er später zurückkommen will, bittet jedoch, daß man sich das Gesetz „im Allgemeinen“ ansetze.

Reg.-Kommissar v. Wussow sucht die Bedenken der Herren v. Thadden und Graf Borries, betr. provinziale Verhältnisse in Schleswig-Holstein und Hannover zu befehligen. — Ein anderer Regierungskommissar erklärt, daß die Regierung noch immer Bedenken tragen müsse, dem § 5 des Gesetzes, welcher der Staatsklasse eine noch nicht übersehbare Last auferlege, zumal bei der gegenwärtigen Finanzlage des Staates, zugestimmt.

Herr Rasch führt aus, daß in Hannover die Lehrerwittwen zum Theil

schon über 50 Thlr. Pension bekommen; durch das Gesetz würden diese also schlechter gestellt.

Reg.-Komm. v. Wussow: diese Annahme sei irrtümlich, da auf solche Fälle das Gesetz keine Anwendung finden werde.

Referent v. Brünneck konstatiert, daß die Vertreter der Staatsregierung in der Kommission schließlich nur noch gegen § 5 ihren Widerspruch aufrecht erhalten hätten. — Die Berechnung des Dr. Engel ginge von irrtümlichen und unrichtigen Voraussetzungen aus; das Defizit werde bei Weitem nicht 200,000 Thaler betragen. Er hofft, daß schließlich auch die Staatsregierung dem Gesetz zustimmen werde. Verhungerte Schullehrerwitwen könnten natürlich nicht vorgezeigt werden, da dies nach unseren gesetzlichen Bestimmungen nicht recht möglich sei; es handle sich hier nicht um Verhungern, sondern um Hungern. Auch dies wolle man verhindern. Daß die Lage der Lehrer-Witwen und Waisen oft eine recht traurige sei, wisse er aus eigener Erfahrung. Er bittet nochmals um Annahme des Gesetzes.

In der Spezialdiskussion erklärt Herr v. Senfft-Pilsach zu § 2, daß das Minimum von 50 Thalern für viele Witwen, die noch Haus und Garten zur Benutzung haben, zu viel sein würde. Er werde deshalb gegen die Festsetzung einer Minimalpension stimmen. — § 2 wird jedoch angenommen.

Bei § 4 bittet Herzog v. Ujest um Annahme der Regierungsvorlage und Ablehnung aller Amendments. Das Zustandekommen dieses Gesetzes so viel wie möglich zu fördern, sei eine Pflichterfüllung; es gebe viel hungernernde Witwen und Waisen auf das Verhungern derfelben dürfe man doch nicht warten. — Das Amendment Waldau wolle nur die Gutsbesitzer von einer Last befreien; die Annahme derselben komme einer Verhinderung des Gesetzes gleich; er seinerseits könne die Verantwortung dafür nicht übernehmen, ein solches Gesetz durch das die armen Witwen und Waisen unterstüzt werden sollten, zu Halle zu bringen, weil man dem Gutsbesitzer eine Erleichterung verschaffen wolle.

Herr v. Waldau wundert sich, daß Herr v. Kleist, der sonst überall als ritterlicher Vertheidiger des Rechtes eintritt, das hier außer Acht läßt. Schul- und Kirchenangelegenheiten wären aber die Adilles-Gesetze, wo Herr v. Kleist verwundbar sei. Von den Konservativen des Abgeordnetenhauses sei nur Schulrat Bieck für das Gesetz eingetreten; der sei zwar konservativ, aber in erster Reihe Schulrat und habe nur das Interesse der Schule im Auge. — Das Bestehelassen dieses Paragraphen gebe für ihn die Entscheidung, ob er für oder gegen das ganze Gesetz stimmen könne.

Herr v. Kleist-Rezow: Das wahrhaft konservative Interesse kann nur gewahrt werden durch Wohlwollen für Schule und Kirche. Im Abgeordnetenhaus ist übrigens nicht nur Herr Bieck, sondern auch die Herren Wantrup und Stroffer eingetreten. Diese drei Männer sind seit 1848 die Vorkämpfer der konservativen Interessen gewesen, und kämpfen dort auf einem Schlachtfelde, das heiter ist, als der Boden, auf dem wir stehen. Wenn man von solchen Männern redet, so sollte man dies nur mit der größten Hochachtung thun; und wenn sie ein solches Gesetz vertreten, so sollte man ihnen nicht vorwerfen, daß sie aus Interesse für die Schule die konservativen Interessen verleugnen. Redner bittet um Annahme des § 4 ohne das Amendment Waldau, welches die Verpflichtung auf die Schulgemeinden beschränken will.

Herr v. Senfft-Pilsach bedauert, daß er hier nicht, wie er sonst seit Jahren gewohnt sei, mit Herrn v. Kleist zusammenstimmen könne. Sein Hauptbedenken gegen das Gesetz ist das, daß man an Stelle der Regelungen der Barmherzigkeit und Mildthätigkeit feste Zwangsnormen zur Unterstützung der Witwen und Waisen stellen will. Giebt es denn keine Barmherzigkeit mehr im Lande? — Er erklärt sich schließlich für das Amendment Waldau.

Herr v. Waldau befürwortet nochmals sein Amendment, und bittet um Ablehnung des ganzen Gesetzes.

Herr v. Thadden erklärt, daß seine Bedenken gegen das Gesetz durch die Errichtung des Regierungs-Kommissars jetzt aufgehoben sind, und bittet nun, das Gesetz unverändert anzunehmen. Auf das Verhungern der Witwen dürfe man nicht erst warten; man müsse den Brunnen zudecken, ehe Demand hinfällt.

Referent v. Brünneck bittet um Ablehnung aller Amendments, da sonst das Gesetz in dieser Sesssion nicht mehr zu Stande kommen würde.

Das Amendment Waldau wird in namentlicher Abstimmung mit 40 gegen 31 Stimmen abgelehnt; nachdem auch das Amendment Vorries abgelehnt, wird § 4 unverändert angenommen; ebenso die übrigen Paragraphen. — Neben das ganze Gesetz wird namentlich abgestimmt, und dasselbe nunmehr mit 48 gegen 22 Stimmen angenommen.

Es folgt die Schlussberatung über das Gesetz, betreffend die Erwerbung und den Verlust der Eigenschaft als Preuße, so wie über den Eintritt in fremde Staatsdienste. — Die Referenten Graf Yorg v. Wartenburg und Freiherr v. Landsberg-Dissenbeck beantragen: I. Die frühere Fassung des Gesetzentwurfs dagegen wieder herzustellen, daß überall, wo das Abgeordnetenhaus unter Verhinderung des Ausdrucks „Preußischer Unterthan“ das Wort „Preuße“ gesetzt hat, das Wort „Preuße“ gestrichen und an seine Stelle die Bezeichnung „Preußischer Unterthan“ gesetzt werde. — II. In dem § 12 des Gesetzes, welcher lautet: „Die Eigenschaft als Preuße geht verloren: 1) durch Entlassung auf Antrag (§§ 13 u. ff.), 2) durch Ausspruch der Behörde (§§. 18. u. 20), 3) durch Erwerbung fremder Staatsangehörigkeit und zehnjährigen Aufenthalt im Auslande (§ 19), 4) bei einer Preußen durch deren Verherrathung mit einem Ausländer.“ in Nr. 3 die Worte „Erwerbung fremder Staatsangehörigkeit und“ zu streichen. — III. Die Nr. 1 des § 14, welche lautet: „Die Entlassung darf nicht ertheilt werden: 1) Preußen, welche sich in dem Alter vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 25. Jahre befinden, bevor sie ein Zeugnis der Kreis-Ersatz-Kommission darüber beigebracht haben, daß sie die Entlassung nicht bloss in der Absicht nachsuchen, um sich der Dienstpflicht im stehenden Heere oder der Flotte zu entziehen;“ — folgendermaßen zu fassen: „Männlichen Unterthanen, welche sich in dem Alter vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 25. Jahre befinden, bevor sie ein Zeugnis der Kreis-Ersatz-Kommission darüber beigebracht haben, daß nach deren pflichtmäßiger Überzeugung nicht die begründete Vermuthung vorliege, die Entlassung werde zu dem Zwecke nachgesucht, um sich der Militärdienst im stehenden Heere oder in der Flotte zu entziehen.“ IV. „Im § 19 Alinea 1, welches lautet: „Preußen, welche die preußischen Staaten verlassen, in einem fremden Staate die Staatsangehörigkeit erwerben und sich zehn Jahre lang ununterbrochen im Auslande aufzuhalten, verlieren dadurch die Eigenschaft als Preuße. Die vorbezeichnete Frist wird von dem Zeitpunkte des Austritts aus Preußen oder wenn der Austrittende sich im Besitz eines Reisepasses oder Heimathabschein befindet, von dem Zeitpunkt ihres Ablaufs an gerechnet“ — die Worte „in einem fremden Staate die Staatsangehörigkeit erwerben“ zu streichen. — V. Dem in dieser Weise amendirten Gesetze im Übrigen zugestimmen.“

Referent Graf Yorg motiviert die Vorschläge der Referenten, namentlich die Beibehaltung des Ausdrucks „preußischer Unterthan“ und versucht, die für den Wegfall dieses Wortes im Abgeordnetenhaus vorgebrachten Gründe zu widerlegen.

Reg.-Komm. Graf Schulenburg: Ich bin dem Herrn Referenten sehr dankbar für die klare und gründliche Art und Weise, wie er das Versehen der Unterthanenschaft in Preußen dargelegt hat; und an diesem bestehenden Verhältniß kann durch einen Ausdruck in einem Spezialgesetz nicht gerüttelt werden. Ich glaube überhaupt, daß ein Gegensatz zwischen Preußen und preußischen Unterthanen nicht besteht. Ich möchte es deshalb Ihrer ersten Überzeugung anheimstellen, ob sie an diesem Ausdruck Anlaß nehmen wollen, ein Gesetz, dessen staatsrechtliches Erforderlich und praktische Bedeutung allgemein anerkannt wird, fallen zu lassen.

Herr v. Thadden ist für Beibehaltung des Wortes „Preuße“, das ganz dieselbe Bedeutung habe, ihm aber besser gefalle; dasselbe steht auch in der Verfassung. Er bedauert, daß man über solche Worte so viel streite. Die Herren v. Schlickmann und v. Senfft-Pilsach sprechen für den Antrag des Referenten.

Graf Yorg: Das Herrenhaus habe die Wortstreitigkeit nicht angefangen, sondern das andere Haus; man müsse also den Streit aufnehmen. Antrag I. der Referenten wird mit großer Majorität angenommen, das Wort „preußischer Unterthan“ also wiederhergestellt, alle übrigen Anträge des Referenten und das ganze Gesetz mit diesen Amendments werden gleichfalls angenommen.

Das Gesetz, betreffend die Anlage einer Eisenbahn von Finnentrop über Olpe nach Rothe-Mühle wird in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung angenommen, nachdem Referent v. Senfft-Pilsach und der Handelsminister derselbe befürwortet.

Nachträglich ist noch auf die Tagesordnung gesetzt worden der mündliche Bericht der Budgetkommission über das Gesetz, betreffend die Auseinandersetzung zwischen Staat und Stadt Frankfurt a. M. — Der Antrag der Kommission, dem Gesetz in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses zuzustimmen, wird ohne weitere Debatte angenommen. Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Freitag oder Sonnabend.

Lokales und Provinzielles.

Posen. 3. März.

— Die musikalische Saison in unserer Stadt ist seit Jahren keine so reichhaltige gewesen, wie in diesem Winter. Nachdem Künstler wie Rubinstein, Lauf, Scigalski, Friemann u. A. Pojen verlassen, steht uns die Ankunft des als Komponisten und Pianisten rühmlich bekannten Herrn Sigismund Blumner aus Berlin nah bevor. Den uns vorliegenden Kritiken über sein Spiel zufolge, stellt sich der Künstler unserem Musikkörper würdig zur Seite.

— **Der Prophet**, eine der bedeutendsten Opern Meyerbeer's welche lange Jahre auf unserem Stadttheater nicht zur Aufführung gekommen ist, wird nächst Freitag zum Benefiz des Herrn Egl in Szene gehen. Der gebotene Genuss wird es dem Publikum wohl leicht machen, unseren trefflichen Bassisten durch zahlreichen Besuch die wohlverdiente Sympathie zu beweisen.

— In der neustädtischen evangelischen Kirche fand heute (Mittwoch) Vormittags die Vermietung der Plätze statt. Als die Hauptporte 10 Minuten nach 9 Uhr geöffnet wurde, war man erstaunt, bereits etwa 80 Plätze belegt und mit Betteln beklebt zu finden. Auf diesen Zetteln befanden sich vorzugsweise die Namen der Mitglieder des Gemeindekirchenrats. Da für denselben (ebenso wie für die geistlichen Herren und deren Familien, für den Herrn Oberpräsidenten und den Baumeister der Kirche) bestimmte Bänke und Plätze reservirt sind, so konnte die Belegung der 80 anderen Plätzen nur im Interesse von gewissen, den Mitgliedern des Gemeindekirchenrats nahe stehenden Personen erfolgt sein. — Bei der nun vorgenommenen Vermietung der Plätze entstand eine große Konfusion. Manche Personen mußten wiederholt neue Zettel mit anderen Nummern verlangen, bis sie endlich einen Platz erhielten, welcher noch nicht belegt war. Mehrfach wurde der Wunsch laut, jene 80 Plätze, welche vor Eröffnung des Termins bereits belegt seien, möchten verlost werden, da diese Art der vorherigen Vergebundendurchaus ungünstig sei. (Warum hat man denn nicht überhaupt alle Plätze verlost? Es wären damit alle Ungünstigkeiten und den Plazmietern alle die Mühen erpara worden.) — Red. d. "Pos. Ztg.") Im Ganzen sollten zur Vermietung gelangen: etwa 270 Plätze im Mittelschiffe der Kirche und 120 auf den Emporen rechter Hand. Nicht vermietet werden sollten die 96 Stühle zwischen Kanzel und Altar, sowie die 91 Plätze auf den Bänken unter den Emporen; in Bezug auf die 120 Plätze auf den Emporen linker Hand scheint Genaueres noch nicht festgestellt zu sein.

— **Personalveränderungen** bei der indirekten Steuer-Berwaltung. Befördert oder verfehlt: Die Ober-Grenzkontrolleure 1) Knorr in Podzamce als Obersteuerkontrolleur nach Grätz und 2) Jahn in Papros in gleicher Eigenschaft nach Podzamce; 3) der Hauptamtsassistent Grunwald in Pogorzclice zum Obergrenzkontrolleur in Papros und 4) der reitende Steuer-aufseher Schade in Lissa zum Hauptamtsassistenten in Pogorzclice.

— **Dem Reichschaftsberichte der Direktion des "Towarzystwo Pomocy Naukowej"** entnehmen wir folgende Daten:

Die Einnahmen des Vereins betrugen in Papieren 10,666 Thlr. 20 Sgr.; die von einem Gutsbesitzer unserer Provinz demselben geschickt und baar 11,038 Thlr. 7 Sgr. 9 Pf.; die Ausgaben beliefen sich auf 10,976 Thlr. 2 Sgr. 10 Pf.; der Kassenbestand beziffert sich mit Einschluß der aus dem Jahre 1867 erübrigten Summe auf 21,018 Thlr. in Papieren und 4143 Thl. 19 Sgr. baar. Unterstützungen erhielten im vergangenen Jahre 132 Stipendiaten, die sich auf Universitäten, Gymnasien und gewerblichen wie Handelsinstituten befanden. Seit der Gründung des Vereins im Jahre 1841 wurde für Unterstützungen die Summe von 248,420 Thlr. 25 Sgr. 4 Pf. verausgabt.

— **Die Breslauer Thorwache** wird, wie wir hören, abgebrochen und an deren Stelle ein mehrtüriges Neubau aufgeführt werden.

— **a) Birnbaum**, 1. März. Zur Statistik kann berichtet werden, daß im Jahre 1868 in hiesiger evangelischer Parochie überhaupt 320 Geburten vorgekommen sind; davon in unserer Stadt 64; gestorben sind 258 Personen, darunter aus der Stadt 79 Personen; es sind also in der Stadt 15 Personen mehr gestorben als geboren. — Der Lauf der hiesigen Posten hat sich mit dem 1. d. dahin geändert, daß die I. Personenpost nicht wie früher um 2 U. 30 M. früh von hier nach Gorzyn abgeht, sondern erst um 3 U. 35 M.; Abgang von Gorzyn nach hier erst 5 U. 10 M. früh. Die IV. Personenpost nach Gorzyn geht dagegen schon um 9 U. 45 M. Abends und nicht wie früher um 11 U. 15 M. ab; dagegen Abgang aus Gorzyn nach hier schon um 11 Uhr Nachts.

— **r. Kreis Bomst**, 1. März. Gestern fand das acht Monate alte Kind des Komorniks R. zu Wroniawy, auf eine eigene Weise den Tod. Die Frau des R. legte dasselbe nämlich in die Wiege und verließ auf kurze Zeit das Zimmer. Während der Abwesenheit der Mutter fiel das Kind aus der Wiege und wurde beim Herausfallen derartig vom Wiegenbande am Halse umklungen, daß es sich erwürgte. Als die Mutter zurückkehrte, fand sie ihr Kind bereits tot. Die armen Eltern sind durch diesen Unglücksfall um so mehr in tiefe Betrübnis versetzt, als sie erst vor Kurzem zwei Kinder hintereinander durch den Tod an der Rachenräuse, die in hiesigen Kreise noch immer viele Opfer unter den Kindern fordert, verloren haben. — Seit ca. 14 Tagen ist das Hopfengeschäft sowohl in unfern, als auch im Buber Kreise, ziemlich lebhaft. Es kaufen Kommissionäre viele Hundert Zentner theils für bayerische Häuser und theils zum Export nach England. Trotzdem sind die Preise nach wie vor außerordentlich niedrig. Der Buber better Waare übersteigt nicht die Höhe von 6 Thlr. — Wegen Mangels an jüdischen Lehrern sah sich der Schulvorstand der süd. Schule in Bomst genötigt, bei der königl. Regierung zu Posen die Genehmigung nachzufragen, daß die jüdischen Schulkinder die dortige evangelische Schule besuchen dürfen und daß die jüdische Schule ganz eingehe. Die kgl. Regierung hat die Genehmigung ertheilt und es wird bereits mit dem evangelischen Schulvorstande in dieser Angelegenheit verhandelt.

Er. Grätz, 2. März. Am 22. v. Mts. wurde ein vom Wochenmarkt aus Bub zurückkehrender Viehhändler im Grablewer Wälchen von zwei Strolchen überfallen und von denselben, als er sich weigerte, ihnen freiwillig sein Geld herzugeben, so zerstochen und gewirkt, daß er in Folge der erhaltenen Verletzungen am 22. v. Mts. gestorben ist. Der Überfallene hat in der Dunkelheit keinen der beiden Räuber erkennen können. Sie nahmen ihm die Geldkasse ab, worin sich jedoch kein Geld befand, da sich der Händler aus Vorst das Geld in die Stiefel gesteckt hatte.

+ **Bromberg**, 1. März. Mit dem 1. April d. J. erscheint unsere demokratische „Neue Montags-Zeitung“ wöchentlich dreimal. — In hiesiger Handwerker-Verein findet heute eine öffentliche Versammlung der Handwerker und Gewerbetreibenden statt, um einen Anschluß an eine Petition wegen Errichtung von Gewerbeschulen zu bewirken. — Gestern machte ein hiesiger Bäckermeister seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Er befand sich sonst in guten Verhältnissen, die Nachricht von dem Verlust einer bedeutenden Summe soll ihn zu der schrecklichen That bewogen haben.

Schubin, 25. Februar. Das im hiesigen Kreise belegene Gut Kröslkovo mit dem Vorwerk Smazykowo, welches ein Areal von ca. 5000 Morgen umfaßt, hat dieser Tage Herr v. Nagelstädt aus Retkowo für den Preis von 192,000 Thlr. von dem Besitzer, Herrn Koch aus Berlin, gekauft.

— **Posen im Staatshaushaltungs-Etat von 1869***.

Einnahmen und Ausgaben der Gymnasien und Realschulen der Provinz Posen.

1) Friedrich Wilhelm's-Gymnasium zu Posen, evangelisch, bezieht aus

Staatsfonds einen Bedürfniszuschuß von 10,835 Thlr., aus eigenem Vermögen 427 Thlr., aus eigenem Erwerbe 11,398 Thlr., zusammen 22,660 Thlr. Die Befolungen der Lehrer betragen 19,210 Thlr., die fachlichen Ausgaben 3450 Thlr., zusammen 22,660 Thlr.

2) Marien-Gymnasium zu Posen, katholisch. Bedürfniszuschuß aus Staatsfonds 15,470 Thlr., aus eigenem Vermögen 471 Thlr., aus eigenem Erwerbe 12,959 Thlr., zusammen 28,900 Thlr., die Lehrerbefolungen betragen 24,325 Thlr., die fachlichen Ausgaben 4575 Thlr., zusammen 28,900 Thlr.

3) Alumnat derselben. Bedürfniszuschuß 4800 Thlr., aus eigenem Vermögen 281 Thlr., aus eigenem Erwerbe 439 Thlr., zusammen 5520 Thlr. Die Lehrerbefolungen belaufen sich auf 200 Thlr., die fachlichen Ausgaben auf 5320 Thlr., zusammen 5520 Thlr.

4) Gymnasium zu Lissa, evangelisch. Bedürfniszuschuß 4939 Thlr., aus eigenem Vermögen 384 Thlr., aus eigenem Erwerbe 4939 Thlr., aus Stiftungen 528 Thlr., zusammen 10,790 Thlr. Die Lehrerbefolungen betragen 10,790 Thlr., die fachlichen Ausgaben auf 2050 Thlr., zusammen 14,270 Thlr.

5) Gymnasium zu Ostrowo, katholisch. Bedürfniszuschuß 7820 Thlr., aus eigenem Vermögen 268 Thlr., aus eigenem Erwerbe 6232 Thlr., zusammen 14,320 Thlr. Die Befolungen der Lehrer belaufen sich auf 12,270 Thlr., die fachlichen Ausgaben auf 2050 Thlr., zusammen 14,320 Thlr.

6) Wilhelm's-Gymnasium zu Krotoschin, evangelisch. Bedürfniszuschuß 1505 Thlr., aus eigenem Vermögen 618 Thlr., aus eigenem Erwerbe 3878 Thlr., aus Stiftungen 3000 Thlr., zusammen 9001 Thlr. Die Lehrerbefolungen belaufen sich auf 7620 Thlr., die fachlichen Ausgaben auf 1850 Thlr., zusammen 9001 Thlr.

7) Gymnasium zu Mielesitz, evangelisch. Bedürfniszuschuß 5295 Thlr., aus eigenem Vermögen 298 Thlr., aus eigenem Erwerbe 2957 Thlr., aus Stiftungen 1000 Thlr., zusammen 9550 Thlr. Die Lehrerbefolungen 6567 Thlr., die fachlichen Ausgaben 2983 Thlr., zusammen 9550 Thlr.

8) Realschule zu Graudenz, evangelisch. Bedürfniszuschuß 1213 Thlr., aus eigenem Vermögen 125 Thlr., aus eigenem Erwerbe 2812 Thlr., aus Stiftungen 2013 Thlr., zusammen 7020 Thlr. Die Lehrerbefolungen betragen 5998 Thlr., die fachlichen Ausgaben 1022 Thlr., zusammen 7020 Thlr.

9) Gymnasium zu Schrimm, Simultan. Bedürfniszuschuß 840 Thlr., aus eigenem Vermögen 97 Thlr., aus eigenem Erwerbe 5163 Thlr., aus Stiftungen 2600 Thlr., zusammen 8700 Thlr. Die Lehrerbefolungen betragen 6820 Thlr., die fachlichen Ausgaben 1880 Thlr., zusammen 8700 Thlr.

10) Gymnasium zu Bromberg, evangelisch. Aus Staatsfonds vermöge rechtlicher Verpflichtung 1109 Thlr., Bedürfniszuschuß 3595 Thlr., aus eigenem Vermögen 1372 Thlr., aus eigenem Erwerbe 10,203 Thlr., aus Stiftungen 16,330 Thlr. Die Lehrerbefolungen betragen 14,000 Thlr., die fachlichen Ausgaben 2330 Thlr., zusammen 16,330 Thlr.

ten, um die hervorragendsten Blüthen dieser Literatur in einer eng begrenzten und billigen Sammlung vereinigt zu sehen. Diese Absicht verfolgt das „Plattdeutsche Volksbuch“ in trefflicher Weise. Dasselbe bringt nicht nur von den Körpchen der neuplattdeutschen Literatur, Fritz Reuter, Klaus Groth und Goote Hoffen Müller, eine Anzahl besonders ansprechender Gedichte und Erzählungen, sondern hat auch solchen von andern mehr oder weniger bekannten Schriftstellern, wie L. Giesebeck, Johann Meyer, A. Dräger, Friedrich Dörr, Sophie Dethleffs u. s. w. einen Platz eingeräumt, ja, selbst ganz neue Namen wie J. Steinbeck, L. Sager u. s. w. sind aufgenommen. Auch über die Zeit der gegenwärtigen Literaturepocha zurück greift das Buch und bringt uns u. A. ein Gedicht von dem Verfasser der „Werke berühmte Scherzedichte“, Lauremberg, welcher im 17. Jahrhundert lebte und dem bekanntlich die allgemeine deutsche Literaturgeschichte längst einen Platz eingeräumt hat, ferner die berühmte „Likenpredigt“ von Jobst Sachmann, dem plattdeutschen Abraham a Santa Clara, der 1718 als Pastor zu Limmer bei Hannover starb, und endlich eine Anzahl Gedichte von Bornemann, dessen Werke sich längst eines hervorragenden Rufes erfreuen und der in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, wie J. H. Voss am Schlusse des vorigen, sich das Verdienst erworben hat, seine Tätigkeit darauf verwandt zu haben, daß der Baubeschlaf der plattdeutschen Muse nicht zu einem Zodeseschlaf geworden ist. Bornemann finden wir vorzugsweise durch patriotische Gedichte vertreten, aber auch andere Theile des Buches lassen erkennen, daß es dem Herausgeber darum zu thun war, im Sinne des an die Spize des Buches gestellten Auspruches des Grafen Bismarck, daß wir im Norden Deutschlands mit unserer plattdeutschen Sprache uns ganz besonders unserer Zusammengehörigkeit bewußt sein sollten, dahin zu wirken, daß alle Plattdeutschen — und deren gibt es noch weit mehr als zehn Millionen — sich als ein Volk von Brüdern betrachten mögen, dessen politische Einheit durch die Gründung des Norddeutschen Bundes zur Verwirklichung gelangt ist. Nicht ohne Absicht trägt daher wohl der mit einer hübschen Bignette verfehlte Umschlag des Buches die Farben Schwarz-Weiß-Roth. — Das gesamtmäßig ausgestattete Büchlein, welches trotz seines reichen Inhalts nur 7½ Silbergroschen kostet, darf mit vollen Rechten allen Freunden der niedersächsischen Sprache empfohlen werden.

* Die Armee-Einteilung und Quartierliste der Norddeutschen Bundesarmee für das Jahr 1869 ist seither in Ernst Stecherts Militär-Buchhandlung zu Potsdam erschienen. Nach den neuesten amtlichen Mittheilungen zusammengestellt, enthält dieselbe in tabellarischer Uebersicht die Einteilung der Armees des Norddeutschen Bundes in Armeekörper, Divisionen und Brigaden mit den zu ihnen gehörigen Regimenten unter Angabe der Namen der Kommandeure dieser Truppenteile, ferner die Standquartiere sämtlicher Bataillone, Batterien, Landwehrstämme u. s. w. Mit Rücksicht auf den auf wenige Bogen zusammengebrachten reichlichen Inhalt des Werkchens, und den dabei außerordentlich billigen Preis von 5 Sgr. (für die Armee im Subskriptionspreise von sogar nur 2½ Sgr.) kann dasselbe bestens empfohlen werden.

Staats- und Volkswirthschaft.

△ Berlin, 2. März. Von verschiedenen Seiten ist eine Aenderung der preußischen Gesetzgebung über die Gewährleistung beim Viehhandel überhaupt oder doch eine Abkürzung der sogenannten Wandelszeiten in Bezug auf die Hauptfehler der Pferde angeregt worden. Für den Bezirk des Appellationsgerichtes in Köln ist diese Angelegenheit durch das Gesetz vom 3. Mai 1859 und für die Hohenzollern'schen Lande durch das Gesetz vom 5. Juni 1863 neu geregelt worden. Der Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten hat nun an die Vorstände der landwirthschaftlichen Zentralvereine durch Zirkularverfügung die Frage gestellt, ob sich im Gebiete des Allgem. Landrechts oder in den Landestheilen des Gemeinen Rechts ein Bedürfnis zur Aenderung der bezüglich dieser Materie dort bestehenden gesetzlichen Vorschriften fühlbar gemacht hat, oder ob sich unter den heutigen Verkehrsverhältnissen allgemein eine einheitliche Gesetzgebung über die Gewährleistung beim Viehhandel für die ganze Monarchie, mit Ausnahme der bezüglich des Verkehrs mit Haustieren auf Süddeutschland angewiesenen Hohenzollern'schen Landestheile, für die landwirthschaftlichen Interessen als unentbehrlich herausgestellt hat. — Der Handelsminister hat an die königlichen Eisenbahndirektionen eine Zirkularverfügung erlassen, welche sich auf das Verfahren bei Einführung von Aenderungen in den Eisenbahn Fahrplänen bezieht, und hat den darauf bezüglichen Vorschlag des Generalpostamts als Norm hingestellt. Nach früheren Erlassen des Ministers waren bei Aenderungen der Eisenbahn Fahrpläne die betreffenden Postdirektionen zu befragen. Dies Verfahren war aber bei seiner Weitläufigkeit nicht ohne Nachtheil zur Ausführung zu bringen. Das Generalpostamt proponirt jetzt, daß nur diejenige Oberpostdirektion zu fragen sei, welche vorzugsweise bei Aenderung der Fahrpläne interessirt ist, und hat ein Verzeichniß aufgestellt, an welche der Oberpostdirektionen vor kommenden Fällen die betreffende Eisenbahnverwaltung sich zu wenden habe.

** Das neue türkische Anlehen soll am 6. März in Paris und in London zur Zeichnung aufgelegt werden. Es ist zum größten Theile nichts als eine Umwandlung des schon bestehenden Schuldenverhältnisses zwischen der Pforte und der Pariser Société générale. Das gesammte Anlehen beläuft sich auf 150 Millionen Nennwerth, die in zehnjährigen Raten in Form von 300,000 Bons, zum Parikourse von 500 Franken, rückzahlbar sind. Von diesen 300,000 Bons übernimmt nun das Konsortium der Société générale 176,000 Bons und nur 124,000 derselben gelangen zur öffentlichen Unterzeichnung. Aber hier ist eben das Früherliche des Unternehmens. Denn die ersten sechs halbjährlichen Verfallsraten behalten die Banquiers für ihre Deckung ein, während dem Publikum nur die vier letzten derselben, und zwar die der Jahre 1872 und 1873, aufbewahrt bleiben. Die Geldmänner der Société générale also gehen vor, und das Publikum kann in den letzten zwei Jahren sehen, wo es bleibt. Man kann in Deutschland also nicht genug vor dieser Spekulation warnen, die weder der Pforte hilft, noch dem einfachen Aktionär, der mindestens je vier Bons unterzeichnen muß, irgend Garantien bietet und lediglich darauf berechnet scheint, den Männer der Société générale einen festen Profit abzuwerfen.

(Köl. Btg.)

** Die gesammte Kohlenproduktion der Erde betrug der „B. und H.-S.“ aufgelegt im Jahre 1867 auf allen im Betriebe gewesenen Kohlengruben 172 Mill. Tonnen im Werthe von 500 Mill. Thlr. und zwar in Großbritannien 100 Mill. Tonnen, Deutschland 17 Mill. Tonnen, Nordamerika 17 Mill. Tonnen, Frankreich 12 Mill. Tonnen. Auf Russland, Schweden, Spanien, Belgien, Österreich und Australien fallen zusammen 26 Millionen Tonnen. Die Steinkohlenförderung hat sich vermehrt: in England von 203 Millionen auf 1900 Millionen Str. (in 66 Jahren), in Amerika von 9 Millionen auf 308 Mill. Str. (in 15 Jahren), in Preußen von 20 Millionen auf 37½ Mill. Str. (in 50 Jahren), in Frankreich von 39 Mill. auf 240 Mill. Str. (in 31 Jahren), in Belgien von 101 Mill. auf 190 Mill. Str. (in 28 Jahren), in Österreich von 23 Millionen auf 58 Millionen Str. (in 11 Jahren).

Aerban.

** Der Handel mit Sulfiddüngemitteln hat innerhalb der letzten 10 Jahre allerwärts einen großen Aufschwung genommen. Leider ist es nur zu bedauern, daß in gleicher Maße, wie der Verbrauch wächst, also die Rücksichtlichkeit dieser Düngemittel mehr und mehr erkannt wird, die Fälschungen

dieselben überhand nehmen. Die landwirthschaftlichen Vereine haben geglaubt, daß die Kontrolirung der Düngerhandlungen ein sicheres Mittel sei, den vor kommenden Fälschungen zu begegnen. Werden diese Kontrolen prompt ausgeführt, dann müssen sie ohne Zweifel den gewünschten Nutzen haben, allein bei lauer Behandlung schaden diese Kontrolen mehr, als sie nützen, denn sie bilden so nicht selten den Deckmantel des Betruges. Wenn wir auch der Meinung sind, daß die Kontrolirung der Düngerhandlungen durch die landwirthschaftlichen Vereine beizubehalten, aber darf zu über sei, so glauben wir doch, daß sich die Landwirthe sicher vor Betrug schützen können, wenn sie in ihren Ortschaften Düngerverbrauchsgegenständen bilden, und zwar in der Art, daß zu den geeigneten Zeiten die Theilnehmer ihren Bedarf an Guano, Knochenmehl, Superphosphat, Kalisalzen &c. dem Vorstand anzeigen, der dann wirklich gute, d. h. preiswürdige Ware mit garantirten Pflanzennährstoffen aus einer Fabrik oder Handlung beziehen und dieselben auf Echtheit prüfen lassen wird. Wenn die Herren Fabrikanten und Händler auf einmal größere Quantitäten zu liefern haben und schon im Voraus wissen, daß die garantirte Ware nach ihrer Anfahrt auch chemisch untersucht wird, dann werden sie sich wohl hüten, Betrug mit unter laufen zu lassen.

Bermischtes.

* Berlin. Vor einiger Zeit fand in einer Versammlung der Arbeiter-Parteien, zu welcher auch Dunder und Schulze-Delitzsch geladen waren, eine große Schlägerei statt, wobei den Anhängern Schulze's von den Schweizerianern arg mitgespielt wurde. Zu ähnlichen Szenen wäre es fast am Sonnabend in einer Versammlung der Arbeiter zu Charlottenburg gekommen. Ein Anhänger Schulze's haite die Versammlung veranlaßt und Dr. Max Hirsch wollte darin einen Vortrag halten über seine Theorie im Hinblick auf englische Arbeiter-Verhältnisse. Schon bei der Vorstandswahl wurden gegnerische Demonstrationen laut. Während der Rede des Dr. Hirsch stieg der Tumult, der Sprecher wurde unterbrochen und konnte nur mit Mühe fortfahren. Als zum Schlusse die Anhänger Schulze's applaudierten, wurde die Opposition der Lassalianer so mächtig, daß keiner mehr zu Worte kommen konnte. Einer, der sprechen wollte, wurde überschrien; ein Anderer, der bereits auf den die Rednerbühne vorstellenden Tisch gestiegen war, wurde mit Gewalt heruntergezerrt, und es wäre ohne Zweifel unter den Versammlten zu einer Prügel gefommen, wenn nicht der anwesende Polizeibeamte die tumultuarische Versammlung aufgelöst und den Saal hätte räumen lassen.

* Koblenz, 25. Febr. Bereits im Jahre 1867 ist genehmigt worden, daß denjenigen Offizieren und Mannschaften, welche während des Feldzuges 1866 bei der Elbarmee fürs Vaterland gefallen sind, auf einer der unsere Stadt umgebenden Höhen ein Denkmal gesetzt werde. Eine zu diesem Zwecke zusammengetretene Kommission hat nun als passendsten Punkt den „Asterstein“ ausfindig gemacht, und zwar an der linken Flanke dieses Festungswerkes, da, wo sich gegenwärtig der Garten der Ingenieur-Offiziere der hiesigen Fortifikation befindet. Der Platz ist in Wirklichkeit gut gewählt, und das Denkmal wird hier aus weiter Ferne und nächster Nähe gleich sichtbar. Jedem ins Auge fallen. Dasselbe wird nach dem Plane aus einem Obelisken bestehen, welcher, auf einem 10 f. hohen Sandsteinpostament ruhend, an seinen vier Ecken von fliegenden Adlern gehalten und oben auf seiner Spize das für den Feldzug gesetzte Erinnerungskreuz tragen wird. Das Postament wird die Namen der Gefallenen zeigen und der Obelisk selbst an seinen vier Seiten mit Lorbeerkränzen und den entsprechenden Inschriften geziert sein. Das Ganze soll eine Höhe von 50 Fuß erhalten. Heut und in diesen Tagen war man Seitens der Fortifikation damit beschäftigt, ein mit Leinwand bekleidetes Breitergerüst von den besagten Dimensionen aufzurichten, um das endgültige Urtheil der Kommission über den Bau herbeizuführen. Sobald sich diese entschieden hat, soll ungefähr mit der Errichtung des Denkmals vor gegangen werden und, wie wir zuverlässig hören, schon im Herbst die Einweihung durch den kommandierenden General des 8. Armeekorps, Herwarth v. Bittenfeld, Egzellenz, an der sich gewiß auch einzelne hohe Mitglieder unseres Königshauses beteiligen werden, stattfinden. (R. B.)

* Köln, 28. Februar. Die in der Nacht vom 15. zum 16. d. M. im Theater beschäftigten geweihten Bühnen-Arbeiter sind gestern Mittag auf Anordnung des Königl. Unterfuchunggerichts sämtlich verhaftet und geschlossen nach dem Arresthaus transportiert worden. Es ist anzunehmen, daß sich ein dringender Verdacht wegen sehr strafbarem Fahrlässigkeit gegen die Verhafteten herausgestellt hat. Was die Frauensperson betrifft, die sich angeklagt, daß Theater in Brand gestellt zu haben, so ergaben sich Umstände, welche direkt darauf hinweisen, daß diese Selbstanklage nicht so unbegründet ist, wie allgemein angenommen wurde. Auf die Frage, ob sie in der Brandnacht mit den Arbeitern im Theater zusammen gewesen, soll sie jede Erklärung abgelehnt und gesagt haben: „Wenn die sich nicht selbst hineinrennen, dann werde ich sie gewiß nicht verrathen.“ (Köl. Btg.)

* Dr. J. A. Altenhöfer, der verdienstvolle, besonders durch sein philologisches Wissen ausgezeichnete Redakteur der Augsburger „Allg. Btg.“ hat die Oberleitung dieses besonders in früherer Zeit bedeutenden Blattes niedergelegt. In der Sonntagsnummer nimmt er mit folgenden Worten Abschied: „Ohne meine fast 37jährige Verbindung mit der „Allg. Btg.“ zu lösen, ziehe ich mich in ein stilleres Arbeitsgebiet derselben zurück; zugleich, indem ich heute zum letztenmal unterzeichne, unsern verehrten Lesern für vieljähriges Vertrauen Dank sagend.“

* Tragisches Ende einer kleinen Republik. In den letzten Tagen war in den Zeitungen viel von Monaco und dessen Fürstern die Rede; der Berner „Bund“ frischt in Folge dessen folgende Erinnerung auf. Zwei Stunden von Monaco entfernt, an der berühmten Corniche-Straße von Nizza nach Genua, liegt das Städtchen Mentone, welches sammt dem Nachbarstädtchen Roccabruna und dem umliegenden Gebiet wohl ¼ des ehemaligen Fürstenthums Monaco bildete. Im Revolutionsjahr 1848 rissen sich genannte zwei Städte von Monaco los und bildete von da an eine kleine Republik, die frei im Innern, selbstständig nach Außen, ein rubiges, glückliches Leben führte. Ein Vertrag mit Piemont, welches diesen kleinen Freistaat rings einschloß, übertrug diesem gegen eine jährliche Entschädigung von 50,000 Fr. das Zoll- und Post-Regal, außerdem verpflichtete sich der König von Piemont, die Selbstständigkeit der Republik zu achten und gegen jeden äußeren Angriff zu verteidigen. Die Mentoneser bestritten mit diesen 50,000 Fr. die geringen Selbstverwaltungskosten (die meisten kleinen Waren waren Ehrenämter), hatten keine Auslagen für Militär und Hof und lebten daher steuerfrei. In Folge dieser glücklichen politischen Zustände blühte denn auch das schöne Landchen rasch auf und während die Einen blühte denn auch das schöne Landchen rasch auf und während die Einen ihre reichen Bitonen, Oliven- und Drangen-Pflanzungen pflegten, betrieben Andere einen lebhaften Küstengeschäft. Aber die Herrlichkeit war von kurzer Dauer. Im Jahre 1860, im gesegneten Jahr der Annexion warf der Cäsar an der Seine seine Liebesklee auf auf die schöne Perle von Mentone; der ehemalige Landesfürst verkaufte ihm seine Ansprüche gern um 6 Millionen Franken, der Schuhherr Viktor Emanuel ließ seine Schuhbeflockten schnörige Weise in Stich, und unter dem Schutz eines Regiments Rothködler wurde die Komödie des Suffrage universel (Volksabstimmung) auch in Mentone, ganz gleich wie in Savoyen, abgespielt.

* Lamartine †. In der Nacht vom Sonntag zum Montag (28. Februar bis 1. März) starb zu Paris der berühmte Dichter Alphonse de Prat de Lamartine, geb. 1792 auf seinem Familienschloß St. Point bei Macon in Burgund. Im Jahre 1814 diente er unter den Gardes du Corps des Königs, nahm während der 100 Tage den Abschied, ging 1820 als Gesandtschafts-Sekretär nach Florenz, während um dieselbe Zeit sein erstes Werk (Méditations) großes Aufsehen machte. 1821 wurde er in einem Duell mit dem neapolitanischen General Pepe schwer verwundet; sein Austritt aus dem Dienst bei der Juli-Revolution und der Tod seiner einzigen Tochter auf einer Reise nach Palästina machten eben so viel von ihm reden, als seine Werke; 1833 wurde er Deputirter und zeigte sich bald als einer der besten Redner Frankreichs. Nach dem Tode des Kronprinzen sprach er sich lebhaft für die Regentenschaft der Herzogin von Orléans aus. Bekannt ist, daß er 1848 in die provisorische Regierung eintrat, die er, wie die Pariser Bevölkerung, eine Zeit lang durch sein mächtiges Wort lenkte, bis er von den Ereignissen überholt wurde, unter dem Kaiserreich mehr und mehr in eine politische Bedeutungslosigkeit versank und durch den Ruin seines glänzenden Vermögens, dem auch eine National-Subskription nicht zuhelfen vermochte, genötigt war, selbst vom Kaiserreich Hilfe annehmen. Als Politiker hat Lamartine, wie so viele französische Staatsmänner, sehr verschiedene Phasen durchgemacht; der legitimistische Garde du Corps, der noch 1830 nicht dem Juli-Königthum dienen wollte, wurde Orléanist und Republikaner; der Schwäche kann man ihn zulieben, der Unaufdringlichkeit aber nicht anklagen. Als Schriftsteller war er ein glänzender Stilist, als Redner oft

hochgewaltig, als Dichter ist er überschätzt worden, seine Liebenswürdigkeit als Mensch wird nicht bestritten werden. Der Dichter in ihm hat dem Redner oft geholfen, dem Politiker aber viel geschadet; der liebenswürdige Mensch endlich ist allen dreien bis zuletzt siegreich zu Hilfe gekommen. (N. P. B.)

* London, 25. Febr. Die seltenen Selbstmorde sind wohl die durch Verbrennung, deren sich in jüngster Zeit zwei aufeinander folgten. Der erste Fall hat sich in der Hauptstadt selbst ereignet; ein Zeitungshändler begoss sich in seinem Schlafzimmer mit Paraffin und stieckte seine Kleider in Brand. Der zweite Fall wird aus der Provinz gemeldet, wo ein Farmer Holz und Kohlen in einer Stube zusammentrug, sich gewissermaßen seinen eigenen Scheiterhaufen aufstieckte und sich oben darauf setzte. Bald erregten die Flammen die Aufmerksamkeit der Dienstboten; sie eilten hinauf und fanden ihren Herrn bereits so stark verbrannt, daß er in wenigen Stunden starb.

* London, 27. Febr. Ein schreckliches Unglück trug sich gestern gegen Abend in dem Stadtbezirk Bethnal-green zu. Eine Anzahl Arbeiter waren mit der Ausbeifur eines Eisenbahnbooms auf einer Strecke der Great Eastern-Bahn beschäftigt, als etwa 4 schwer beladene Kohlenwaggons den Bogen durchbrachen und 19 Personen unter einem Haufen von Holz, Steinen und Eisen begruben. Der Bogen war 60 Fuß hoch, und so groß war die durch den Einsturz verursachte Trümmertür, daß es in mehreren benachbarten Häusern die Fenstersteine sprangen. Obwohl thätige Hilfe rasch zur Hand war, konnten nur 14 der Arbeiter lebend aus dem Trümmerhaufen befreit werden, und nur wenige von ihnen kamen mit unbedeutenden Verletzungen davon; 5 Personen dagegen fanden ihren Tod, und ihre Leichen waren so zerstückelt, daß es noch nicht gelungen ist, drei derselben zu identifizieren.

Briefkasten.

M. R. in D. Sehr willkommen! Doch bitten wir um genaue Angabe der Adresse. Anonyme Einsendungen können nicht beachtet werden. Das Papier wollen Sie gefälligst nur auf der Vorderseite beschreiben.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

Das große Elisabeth-Krankenhaus zu Berlin

bekanntlich von I. Maj der Königin Elisabeth begründet und von I. Maj der Königin Auguste Münitzenz protegiert, bezieht seit Monat Mai v. J. unausgeg. **K. Zimmermann**’sches Malzgebr. zur Stärkung seiner Konvalenzsalzen. Es geschieht dieses lediglich darum, weil die als wissenschaftliche Autoritäten bekannten Dr. Hagen und Dr. Jacobson in ihrem „Industriebulletin“ vom 12. März v. J. eine unpartheiische chemische Analyse dieses Bieres veröffentlichten, wonach mit unzweifelbarer Wahrheit der Beweis geführt wird, daß dasselbe trotz seines billigen Preises mehr reines Malzgebr. als das Höffische, im Lebrier aber demselben gleicht. Für Posen hält Herr M. J. Kamienski davon Niederlage.

(Eingesandt.)

Die Provinzial-Gewerbeschule. Die Stadt Krotoschin, welche 10,000 Thlr. zu Schulzwecken disponibel hat, bewirkt sehr befriedigend darum, daß dort eine Provinzial-Gewerbeschule angelegt werde. Wir zweifeln, ganz abgesehen davon, daß obige Summe nicht einmal zum Ankaufe oder zur Erbauung und Einrichtung eines für die Zwecke einer Gewerbeschule geeigneten Gebäudes hinreichen dürfte, doch sehr daran, daß die k. Regierung zu den Kosten für die Errichtung einer Gewerbeschule im Osten unserer Provinz einen Beitrag geben wird. Denn, wenn überhaupt das Bedürfniß einer Gewerbeschule vorhanden ist, so dürfte dieselbe sich denn doch wohl nur in der Provinzial-Hauptstadt eines hinreichenden Besuches erfreuen, da hier eigentlich die Fabrikindustrie bereits einen gewissen Aufschwung bekommen hat, andererseits aber auch die zahlreichen öffentlichen Privathäuser, welche hier zur Ausführung gelangen, hauptsächlich an das Kunigewerbe unserer Provinz größere Ansprüche machen. Wenn man demnach mit Sicherheit darauf rechnet, daß die Schüler der neuen Provinzial-Gewerbeschule zu einem bedeutenden Bruchtheile der Stadt Posen angehören werden, so ist es gewiß ebenso unzweifelhaft, daß entsprechend diesem Bruchtheile unsere städtische Verwaltung sich auch an den Kosten für die Errichtung und Erhaltung des Instituts beteiligen werde. — Wenn also das Bedürfniß der Errichtung einer Provinzial-Gewerbeschule in dem Zentralpunkte der materiellen und geistigen Interessen unserer Provinz unzweifelhaft steht, so dürfte die Anlage eines solchen Instituts in unserer Stadt auch noch aus anderen Rücksichten sich empfehlen. Die Lehrer würden hier in andauernder Verbindung mit der nicht unbedeutlichen Anzahl tüchtiger Ingenieure, Bautechniker und Chemiker unserer Stadt bleiben, und unzweifelhaft würde die geistige Verkehr auch befriedigend auf das Lehrpersonal selbst einwirken; ebenso würden aber auch die Schüler durch den Besuch der Fabriken unserer Stadt und Umgebung bedeutend gefördert, und durch die vielfachen Neubauten und durch alles Daseinige, was man in einer größeren Stadt an passant zur Bereicherung seiner Kenntnisse durch die Anschauung kennen lernt, in wirksamer Weise andauernd angeregt werden. Es sind dies diejenigen Vorteile, welche das Leben in einer größeren Stadt stets mit sich bringt; und, wenn unsere Stadt gegenüber anderen Provinzial-Hauptstädten auch noch viel zu wünschen übrig läßt, so nimmt sie doch unbestritten in unserer Provinz in dieser Beziehung vor den kleineren Provinzialstädten entschieden den ersten Rang ein.

Salzbrunn, Ende Februar. Für den Kurort Salzbrunn und das leidende Publikum dürfte es nicht ohne Interesse sein, daß derselbst auf dem Mühlengrundstück des Herrn Heinrich Demuth eine neue Salzbrunn-Quelle aufgefunden worden ist, welche, wie wir hören, dem bisher bekannt gewesenen Ober- und Mühlbrunnen an Intensität des Gehaltes durchaus nicht nachstehen soll. Kohlensäure enthält der neue Brunnen auf Grund einer kompetenten Analyse sogar in größerer Menge. Nach Mittheilungen, die uns zugegangen, steht der Besitzer, Herr Demuth, auf Wunsch jedem bereitwillig mit der Analyse zu Diensten, und versetzt auch bereits probeweise sein Mineralwasser, worauf wir Patienten, und namentlich auch die Herren Aerzte außerordentlich machen, da die Heilkraft Salzbrunn's er

Die „Deutsche Klinik“, herausgegeben von Dr. Alexander Göschken, Berlin 1868, Seite 460, Nr. 50, schreibt folgendes:

Senf-Papier.

Ich richte die Aufmerksamkeit der herren Kollegen auf ein deutsches Fabrikat der Droguen-Handlung und Fabrik des Herrn **Köstel** in Landsberg a. d. W. das entschieden den Vorzug vor dem unter gleichem Namen aus Frankreich importirten verdient.

Das Senf-Papier des Herrn Köstel zeichnet sich durch die Bequemlichkeit der Anwendung und die Intensität der Wirkung sehr vortheilhaft vor dem Senfsteig aus. Eben nur mit Wasser, gleichviel ob kaltem oder warmem, benetzt, übt es einen sehr intensiven Haftreis aus, erwärmt die Stelle, auf der es liegt, und die Umgang sehr wohltätig und es bedarf nach der Abnahme keiner weiteren Reinigung, da die Stelle ganz trocken bleibt, und von dem Senf sich nichts absetzt; dabei liegt das Papier von selbst fest auf. Nur wenn es zu naß gemacht war, hat man es zu befestigen und hinterlässt es Senfpulverreste auf der Haut. Die große Annehmlichkeit, jeder Zeit, ohne erst Kochendes Wasser zu beschaffen, den Senfsteig damit anzurühren u. das Reizmittel zum Gebrauch zu haben, liegt auf der Hand, und dazu hält sich das Papier in den Blechbüchsen länger wirksam, als Senfpulver in Glas-Flaschen mit Stöpseln. Bei der Bereitung wird das beste stärkste Senfpulver erst vollständig vom fetten Öl befreit, ehe es auf das Papier aufgetragen wird. In der Pharmazeutischen Centralhalle, ein Blatt auf das Ich bei dieser Gelegenheit wiederholte auf ein sehr tüchtig redigirtes und interessantes aufmerksam mache, giebt Dr. Hager (Nro. 33, pag. 277) dem Köstel'schen Senf-Papier ebenfalls den Vorzug vor dem französischen. Das Papier ist biegbar (legt sich deshalb sehr gut an), die Senfmasse fügt sich auf und die Wirkung ist schnell und sicher. Viele Kollegen haben auf meine Empfehlung das Papier bereits in ihrer Praxis eingeführt, und möchte ich nur hier allgemein die Aufmerksamkeit auf dasselbe lenken.

Verkauf von ausgetragenen Bekleidungs-Stücken.

294 Feldmützen,
353 Waffenröcke,
304 Mäntel,
236 Paar Luchshosen

und mehrere leinene und wollene Sachen, sollen verkauft werden, und können diese Gegenstände am 8. März c. im Fort **Prittwitz-Gaffron** in Augenschein genommen werden.

Verseigelt. Offerten sind dem Präses der Regiments-Bekleidungs-Kommission Freiherrn v. d. Busche bis zum incl. 11. März c. schriftlich einzureichen.

Am 12. März werden die Schreiben eröffnet und dann die Sachen dem Meißtbieter, wenn das Gebot annehmbar, gegen gleichbare Zahlung übergeben.

Posen, den 2. März 1869.

Königl. Westphälisches Füsilier-Regiment Nr. 37.

Nothwendiger Verkauf.
Königl. Kreisgericht, I. Abtheilung, zu Rogasen.

Das zu Rogasen unter Nr. 285 belegene, auf den Namen des Maurermeisters Ludwig Wagner berichtigte Grundstück, abgesthängt auf 7360 Thlr. 18 Sgr. 1 Pf. aufgrund der nebst Hypothekenchein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Tage, soll

am 2. September 1869,

Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern der Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastations-Gericht anummelden.

Rogasen, den 16. Januar 1869.

Für Ärzte.

Der hiesige Ort mit einer wohlhabenden Umgegend von etwa 24 Ritter- und sonstigen Gütern ist gegenwärtig ohne Arzt, und wird die Niederlassung eines solchen hier selbst, welcher der polnischen Sprache fähig ist, gewünscht. Von Bewohnern des hiesigen Ortes und einigen Besitzern der Umgegend ist ein Honorar von 350 Thalern für ein Jahr, zahlbar vierteljährlich pränumerando, gezeichnet, dessen Annahme dem betreffenden Arzte anheimgestellt bleibt. — Nähere Auskunft bei uns oder dem Herrn Apotheker Nielewicz.

Gostarcz, den 7. Februar 1869.

Der Magistrat.

In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Markus Reich zu Samter ist zur Verhandlung und Beschlussfassung über einen Akkord Termin auf

den 16. März 1869,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem unterzeichneten Kommissar im Terminkabinett hier anberaumt worden. Die Beteiligten werden hieron mit dem Bemerkern in Kenntniß gesetzt, daß alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Konkursgläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorrecht, noch ein Hypothekenrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlussfassung über den Akkord berechtigt.

Samter, den 22. Februar 1869.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Der Kommissar des Konkurses.

Stiebler.

Sprzedaż konieczna.

Sąd powiatowy w Rogoźnie,
Wydział I.

Nieruchomość w Rogoźnie pod Nr. 285, położona, na imię i rzecznik majstra malarzkiego Ludwika Wagnera uregulowana, oszacowana na 7360 tal. 18 sgr. 1 fen. wedle taksy, mogącą być przejrzańską wraz z wykazem hipotecznym i warunkami w rejestraturze, ma być

dnia 2. Września 1869.

przed południem o godzinie 11.
w miejscu zwykłym posiedzeniu sądowych sprzedaną.

Wierzyciele, żądający zaspokojenia swego ze szacunkiem kupna co do wierzytelności nie-wykazując się z księgi hipotecznej, winni takowa podać do sądu subhastacyjnego.

Rogoźno, dnia 16. Stycznia 1869.

Den Verlauf des Gendarmerieperdes und der beiden Wagenpferde am 5. d. Vts. findet nicht statt.

Samter, den 2. März 1869.

Kottath, Kreis-Wachtmeister.

St. Martin 23, im 3. Stock sind zwei mögl. freundl. Zimmer v. 1. April ab 3. v.

Ich beanspruche mein hier selbst unter Nr. 59 an der Rathausstraße neben der Post belegenes, aus einem zweiflügeligen massiven Wohnhaus mit Hintergebäuden bestehendes Grundstück aus freier Hand zu verkaufen.

Grätz, den 28. Februar 1869.

Wwe. Auguste Stahn.

Gutskauf-Gesuche!

Im Anschluss an unsere früheren Annoncen erlauben wir uns wiederholt die Herren Besitzer in der Provinz Posen, die ihre Güter verkaufen wollen, ergeben zu ersuchen, uns mit ihren Aufträgen zu betrauen und unser Comtoir mit genauen Anschlägen ihrer Besitzungen beschicken zu wollen. Wir sind bereit, auf Verlangen Anschlags-Formulare zur gefälligen Ausfüllung einzusenden.

J. Stefański & Co.,

Posen, Bergstrasse 13.

Einem geehrten Publikum mache ich die ergebene Anzeige, daß ich mit dem heutigen Tage hier selbst

91 Markt- und Wronkerstraßen-Ecke 91 (dritter Eingang)

ein Mode-, Manufaktur- und Leinen-Geschäft
en gros und en detail

eröffnet habe.

Durch vortheilhafte Einkäufe bin ich in den Stand gesetzt, reelle und gute Waaren zu soliden, billigen Preisen zu erlassen und bitte um geneigtes Wohlwollen.

Philip Lewy,

Markt- und Wronkerstraßen-Ecke Nr. 91 (dritter Eingang).

Angekommene Fremde

vom 3. März.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Moß aus Küstrin, Cohn und Sohn aus Gnesen, Kornhaber aus Lemberg, Linie, Weniger und Reinke aus Berlin, Kraft aus Rawicza, Professor Mansfeld aus Dresden, Gutsbesitzer Baron v. Alten aus Rudki, Rittergutsbesitzer v. Weißerstki aus Sternitz.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Treskow aus Dwinsk, v. Schönberg aus Langoslin, v. Bojanowski und Frau aus Glogow, v. Dzembrowski aus Roszkowo, v. Niegolewski aus Moromica, Baron v. Engeström aus Dresden, die Kaufleute Mayer aus Stettin, Schneider aus Königsberg, Ulrich aus Frankfurt a. M., Fabrikant Lewy aus Schlesien.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Moraczewski Jul. aus Orchowo, Moraczewski Severin aus Polen, Hulewicz aus Młodzieżewice.

HOTEL DE PARIS. Gutsbesitzer Królikowski aus Bydwo, Agronom Gajewski aus Wiesniewko.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzer Mieczkowski aus Bochnia, Tomicki aus Wysoka, Propst Grodzki aus Lechia.

TILSMER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Roland aus Schubin, Schmidt aus Bialichau, Schröder aus Glogau, Menzel aus Stettin, Guttman aus Breslau, Rentier v. Clausen aus Lissa, Rittergutsbesitzer v. Jarzembski aus Kamitz.

SCHWARZER ADLER. Landwirth Kluz aus Potulice, Gutsbesitzer Hubert aus Kopaszyc, Geistlicher Hubert aus Kopaszyc, Rittergutsbesitzer v. Lubiencki aus Budzajewo.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Rittergutsbesitzer Baardt aus Modrza, die Kaufleute Deichmann aus Lüben, Fiedler aus Breslau, Mey aus

Stettin, Knittel aus Ratibor, Manski aus Pinne und Danziger aus Hainau.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer v. Morawski und Frau aus Jurkomo, v. Nathusius aus Orlowo, Fabrikbesitzer Hyran aus Berlin, Bauunternehmer Rausching aus Buk, die Kaufleute Frame aus Bremen, Müller und Köhler aus Berlin, Arnade aus Breslau, Eichrodt aus Pforzheim, Reimann aus Plauen und Schlarbaum aus Hanau.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Kaufleute Jacobinski aus Gnesen, Senator aus Gnesen, Cohn und Familie aus Gnesen, Weil aus Lissa und Ephraim aus Grätz, Frau Kaufmann Słucjewska aus Neustadt bei Pinne, Kantor Blasky aus Gnesen, Rabbiner Dr. Budermand aus Gnesen, Buchhalter Przybilstki aus Grätz.

BERNSTEIN'S HOTEL. Die Kaufleute Cohn aus Reichenbach, Grün aus Kröben, Kreyn und Sohn aus Pudowitz.

KRUG'S HOTEL. Kaufmann Borchardt aus Berlin, Händler Böhmann aus Mainz, Wirtschaftsschreiber Baranowski aus Czempin, Händler Scheibe aus Neutomysl, Maurermeister Binert aus Schrimm.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Die Tuchfabrikanten Kittel und Kramer aus Schwiebus, Kaufmann Spiro aus Buk, Maschinist Rotters aus Berlin.

EICHENER BORN. Die Kaufleute Lipinski aus Konin, Iglick sen. u. jun. aus Lemberg, Sander aus Chodzien, Bädermeister Licht aus Pudowitz, Witwe Majunte aus Posen.

GOLDENER ADLER. Die Kaufleute Brühl aus Santomysl, Kapian und Sohn aus Schröda, Besser aus Neustadt a. B., Ebert und Tochter u. Jarekli aus Klejewo, Latte aus Schrimm, Słodyński a. Breschen.

Haus - Verkäufe!

Vier neue, massive, herrschaftlich gebaute, an den frequentesten Straßen von Posen belegene Häuser, die sehr hohe und feste Erträge liefern, sollen unter annehmbaren Bedingungen verkauft werden. Näheres bei

J. Stefański & Co.,
Posen, Bergstrasse 13.

Vor unserer am 1. April d. J. bevorstehenden gänzlichen Uebersiedelung nach Berlin wollen mit der Räumung der noch hier lagernden Waaren — bestehend aus Tuch- und Modewaaren-Artikeln für Herren — schnellstens vorgehen und verkaufen dieselben daher 20 Proc. unter Selbstkostenpreis.

Der Verkauf geschieht nur bei sofortiger Regulirung und erhalten Wiederverkäufer noch den usancemässigen Rabatt.

Gebr. Tobias,

Berlin, Posen,

Oberwasserstrasse Nr. 12. — Markt Nr. 58.

P. S. Gleichzeitig ersuchen Alle, die unserem hiesigen Geschäfte noch etwas schulden, ihr Conto binnen 14 Tagen zu begleichen.

Syphilis, Geschlechts- u. Haarfranthen heilt sicher und schnell **Dr. Holzmann**, Gr. Gerberstr. 29.

Epileptische Krämpfe (Fallsucht) heilt der Specialarzt für Epilepsie Dr. O. Killisch in Berlin, jetzt Mittelstrasse Nr. 6. — Auswärtige brieflich. — Schon über Hundert geheilt.

F. Czwiklitzer, in Wokrau bei Nicolai D. S.

Mehrere Schock

Nepfel- und Birnbäumchen

in vorzüglichen Sorten hat zu billigen Preisen zum Verkauf. **Vogt**, Lehrer in Brudzewo bei Schrimm.

Blumen- und Gemüse-Samen

in frischer und guter Qualität, empfiehlt zu billigen und festen Preisen und versende Preisverzeichnisse über alle Garten-Erzeugnisse meiner Gärtnerei auf gefälliges Abverlangen franko und gratis.

Albert Krause, Kunst- und Handelsgärtner,

Posen, Schützenstraße Nr. 13/14, unweit der Cegieliskischen Fabrik.

Dungkalk à Ctr. 3 Sgr., hart an der Breslauer Chaussee, 1/4 Meile von hier entfernt, verkauft

J. N. Piotrowski in Posen.

Mehr Biehfutter

bringen natürl. Biesen und künstl. berieselungsfähiges Terrain nach dem Biesenbau, nämlich pro Mrq. 3 Bdr. gutes Heu a 12—16 Ctr. — Einmalige Umbauosten pro Mrq. 15—30 Thlr.

Meyer, Techniker, Berlin, Friedrichsstr. 125.

Obstbäume in allen Größen, sowohl hochstämmige, als pyramidenförmige, am Spatier und an der Schnur zu ziehende, empfiehlt nach Auswahl zu mäßigen Preisen. Ebenso stämmige remontirende Rosen.

Denizot zu Gurczyn bei Posen.



Bock-Auktion

zu Rosainen bei Marienwerder, Bahnhof Czerwinski (West-Preußen)

Freitag den 19. März

22 Vollblut-Thiere des Rambouillet-

Stammes, 25 Original-Schimmelschafe,

100 wolleiche Schimmelschafe, 100

wollreiche Schimmelschafe (Siehe De

Prämiert Paris 1867.
Nur der Reid oder Unwissenheit
finden gegen das wirklich Gute.
Der Brust-Sirup aus der Fabrik des
G. A. W. Mayer enthält pflanzreiche
Bestandtheile, welche in den übrigen ge-
bräuchlichen Siruppen nicht enthalten
sind; er hat sich bewährt als ein den
Schleim in den Atmungs- und Schling-
organen leicht lösendes Mittel und ist
daher als ein Hilfsmittel anzusehen in
Rattaren, Husten, Schwindfucht,
Gastritisches, welches mit satarrha-
ischen oder Schlingbeschwerden verbunden
sind und in ähnlichen Affektionen.

Breslau. Dr. Finkenstein d. Aelt.,
prakt. Arzt.

Hiermit gebe ich mein Anerkenntnis,
dass der G. A. W. Mayer'sche
weiße Brust-Sirup
mir, sowie meinen 12jährigen Sohn von
einem sehr heftigen Husten und Brustbe-
schwerden ganz und gar befreit hat, wofür
ich dem Herren Fabrikanten besten Dank sage.
Parochialkirche zu Breslau.

Friedr. Weissel, Gutsbesitzer.

Dieses vorzügliche Hausmittel ist nur
allein eht zu haben in Posen bei **Gebr.
Krayn**, Bronkerstraße 1, **Isidor
Busch**, Sapiehapl. 2, **J. N.
Leitgeber**, Gr. Gerberstr. 16.

Hamburger Büdlinige,
Kieler Sprotten,
Käse: feinsten Schweizer, echten
holländischen, fetten Limbur-
ger, empfiehlt

J. N. Leitgeber.

Am 1. Mai 1869. — Erste Verlobung
der **Braunschweig. Prämien-Auleihe von**
1868
mit Gewinnen von Thlr. 80,000, 75,000, 60,000, 50,000, 40,000,
36,000, 30,000, 27,000, 25,000, 20,000, 16,000, 15,000
geringste Preis ist in der ersten Beziehung Thlr. 21, — u. steigt successive bis Thlr. 40.
Original-Obligationen à Thlr. 20.

find vorrätig bei allen Banquiers und Geldwechsler des In- und Auslandes und
namenlich bei:

F. E. Fuld & Co., Bank- u. Wechselgeschäft in Frankfurt a. M.
An- und Verkauf aller Anleihenloose, Staatspapiere, Aktien u. Co. geringe
Partien obiger Obligationen besorgen wir zum Börsenturke, mit einer kleinen Pro-
visionsberechnung.

Ein gr. gut meubl. Zimmer, für 1 oder 2
Personen, in zum 1. März zu verm. Thlr. in
der Exped. d. S.

Ein Speichergebäude von drei
Etagen und Keller ist sofort zu
vermieten. Wo? sagt die Expe-
dition der Posener Zeitung.

Ein möbl. Zimmer nebst Kabinett sofort zu
verm. Näheres **Kanonenpl. 10**, im Laden.
Eine hell trockne **Niemie** ist **Bronker-**
straße 4 zu vermieten. Näheres bei

E. Rosenthal, Bronkerstr. 91.
F. Fromm.

Ein Barbier, dem die Verrichtung der
kleinen chirurgischen Geschäfte übertragen wer-
den kann, findet in **Neustadt a. W.** loh-
nende Beschäftigung.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 3. März 1869. (Wolff's telegr. Bureau.)

Not. v. 2.

v. 1.

Fondsbörse: fest, belebt.

Roggens, fest.

März 49 $\frac{3}{4}$

April-Mai 49 $\frac{3}{4}$

Mai-Juni 50

Paralliste: nicht gemeldet.

Nübbö, fest.

laufend. Monat 9 $\frac{1}{2}$

April-Mai 9 $\frac{1}{2}$

Spiritus, fester.

laufend. Monat 15 $\frac{1}{2}$

April-Mai 15 $\frac{1}{2}$

Juni-Juli 15 $\frac{1}{2}$

Paralliste: nicht gemeldet.

Stettin, den 3. März 1869. (Mareuse & Maas.)

Not. v. 2.

Nübbö, fest.

Frühjahr 67 $\frac{1}{2}$

Mai-Juni 68

Juni-Juli 69

Roggens, fest.

Frühjahr 49 $\frac{1}{2}$

Mai-Juni 49 $\frac{1}{2}$

Juni-Juli 50 $\frac{1}{2}$

Not. v. 2.

Not. v. 1.

Märk.-Pos. Stm.

Aktien 64 $\frac{1}{2}$

Frankozen 179 $\frac{1}{2}$

Lombarden 130 $\frac{1}{2}$

Neue Pos. Pfandbr. 84 $\frac{1}{2}$

Polf. Bantnoten 81 $\frac{1}{2}$

Polf. Biquidat. 57 $\frac{1}{2}$

Pfandbriefe 57 $\frac{1}{2}$

Italiener 57 $\frac{1}{2}$

Amerikaner 86 $\frac{1}{2}$

Türken 41 $\frac{1}{2}$

Not. v. 2.

Not. v. 1.

Gerste wenig verändert, p. 1750 Pfds. loko ungar. Futter. 39—41 Rl., mittlere 42—45 Rl., feine 45—47 Rl., Rübel. 5½ Rl.
Hafer matt, p. 1800 Pfds. loko 32½—33½ Rl., pomm. 34—34½ Rl., 47/50 Pfds. Frühjahr 33 Rl. u. Gd.
Erbse p. 2250 Pfds. loko Futter. 54½—56 Rl., Koch. 57—58 Rl., Bittern 68½ Rl.
Mais ab Bahn p. 100 Pfds. 2 Rl. Gd.
Rüböl behauptet, loko 9½ Rl. Br., pr. März—April 5½ Rl., 2 Gd., April—Mai 9½ Rl., Br. u. Gd., Sept.—Okt. 10½ Rl., Gd. u. Br.
Spiritus fester, loko ohne Fas 14½ Rl., 2 Gd. Rl., mit Fas 14½ Rl. Rl., pr. Frühjahr 14½ Rl. u. Gd., Mai—Juni 15½ Rl. Gd. u. Gd., Juni—Juli 15½ Gd., Juli—August 15½ Gd., August—Sept. 16 Gd.
Angemeldet: Nichts.
Regulierungspreise: Weizen 68 Rl., Roggen 49½ Rl., Rüböl 9½ Rl., Spiritus 14½ Rl.
Petroleum loko 8 Rl. Rl. und gefordert. (Offl.-Stg.)

Breslau, 2. März. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.]
Kleesaat, rothe etwas fester, ordin. 8½—9½, mittel 10½—11½, fein 12—13, hochfein 13½—14½. — Kleesaat, weiße behauptet, ord. 10—13, mittel 14—15, fein 17—18, hochfein 19—20½.
Roggen (p. 2000 Pfds.) matter, pr. März 47½ Rl., März—April 47 Rl., April—Mai 47½ Rl., Mai—Juni 48—47½ Rl., Juni—Juli u. Juli 48½—50 Rl.
Weizen pr. März 61 Rl.
Gerste pr. März 60 Rl.
Hafer pr. März und April 49½ Rl.
Raps pr. März 95½ Rl.
Lupinen mehr offerirt, p. 90 Pfds. 51—54 Sgr.
Rüböl behauptet, loko 9½ Rl., pr. März 9½ Rl., März—April 9½ Rl., April—Mai 9½ Rl., Mai—Juni 9½ Rl., Sept.—Okt. 10 Rl.
Rapskuchen höher, 66—68 Sgr. pr. Etz.
Leinuchen 95—97 Sgr. pr. Etz.
Spiritus geschäftlos, loko 14½ Rl., 2 Gd., pr. März u. März—April 14½ Gd., April—Mai 14½ Rl., Mai—Juni 14½ Rl.
Bink 6 Rl. 24 Sgr., 6 Rl. 24½ Sgr. und 6 Rl. 25 Sgr. Rl.

Die Börsen-Kommission.

(Beschreibungen der polizeilichen Kommission.)

Breslau, den 2. März 1869.

	feine	mittlere	ord. Ware.
Weizen, weißer	78—81	75	68—72 Sgr.
do. gelber	75—76	73	69—72
Roggen, schlesischer	60—61	59	57—58
do. fremder	—	—	—
Gerste	57—58	56	54—55
Hafer	37—39	36	34—35
Erbse	67—71	63	57—60
Raps	206	194	180
Rüböl, Winterfrucht	190	182	172
Rüböl, Sommerfrucht	178	174	164
Dotter	170	162	154

(Bresl. Hdls.-Bl.)

Bromberg, 2. März. Wind: Süd-Ost Bitterung: veränderlich. Morgen 1° Wärme. Mittags 4° Wärme. Weizen, bunt, 128—130 Pfds. holl. (83 Pfds. 24 Lth. bis 85 Pfds. 4 Lth. holl.

Fonds- u. Aktienbörsen.

Berlin, den 2. März 1869.

Preußische Fonds.

freiwillige Anleihe 4½	97½ G
Staats-Anl. v. 1859 5	102½ G d. B
do. 1854, 55, A. 4½	94 Rl.
do. 1857 4½	94 Rl.
do. 1859 4½	94 Rl.
do. 1856 4½	94 Rl.
do. 1864 4½	94 Rl.
do. 1867 A.B.D.C 4½	94 Rl.
do. 1850, 52 c.v. 4	87 Rl.
do. 1853 4½	87 Rl.
do. 1862 4½	87 Rl.
do. 1868 4	87 Rl.
Staatschuldabscheine 3½	83 Rl.
Präm. St. Anl. 1858 5	121½ Rl.
durch 40 Lth. O. 52	56½ Rl.
Kur. u. Neum. Schäf. 3½	79½ Rl.
Öderdeichbau-Obl. 4½	92 Rl.
Berl. Stadtoblig. 5	102½ Rl.
do. do.	94½ Rl.
do. do.	75½ Rl.
Berl. Obr. Obrl. 5	101½ Rl.
Berliner 4½	93½ Rl.
Kur. u. Neum. 3½	75½ Rl.
do. do.	84½ Rl.
Ostpreußische 3½	75½ Rl.
do. do.	82½ Rl.
do. 4½	89½ Rl.
Pommersche 3½	74 Rl.
do. do.	84½ Rl.
Possensche 4	—
do. do.	3½
do. neu 4	84½ Rl.
Sächsische 4	—
Schlesische 3½	—
do. Lit. A. 4	—
do. neue 4	—
Wettbewerbliche 3½	72½ Rl.
do. do.	82½ Rl. 4½% 88½
do. neu 4	82 Rl.
do. do.	88½ Rl.
Kur. u. Neum. 4	90½ Rl.
Bon. mercie. 4	83½ Rl. B
Bosnische 4	86½ Rl.
Breitwiese 4	87 Rl.
Rhein.-West. 4	91 Rl.
Sächsische 4	90½ Rl.
Schlesische 4	88½ Rl.
Preuß. Hyp.-Gert. 4	100½ Rl.
Pr. Hyp.-Pfdbr. 4	91 Rl.
Breitw. do. (Hentel.) 4	86 Rl.
Dessauer Kredit.-Bl. 0	3½ G

Anhalt. Landes.-Bl. 4	84 G
Berl. Kass.-Verein 4	158½ G
Berl. Handels-Ges. 4	125½ G
Braunschw. Bank 4	108½ Rl. G
Bremer Bank 4	112½ G
Coburg. Kredit.-Bl. 4	85 G
Danziger Priv.-Bl. 4	105½ etw. Rl.
Darmstädter Kred. 4	111½ Rl. B
Bettel-Bank 4	97½ G
Dessauer Kredit.-Bl. 0	3½ G

Die Börse war heute zwar weniger angeregt als gestern, aber fester. Einzelne Papiere waren zwar etwas niedriger, die Umsätze auch nicht so lebhaft, Käufer und Verkäufer aber zurückhaltend. Lebhaft und zu höheren Preisen wurden österreichische Kreditanleihen gehandelt, für welche aus Wien für 1868 eine Superdividende von 16 fl. gemeldet wurde. Inländische Bonds waren wenig verändert und still, nur Hamburger Loofe belebt und steigend. Deutsche Bonds waren wenig verändert und still, nur Hamburger Loofe belebt und steigend. Österl. Bonds waren etwas nachgebend; von russischen waren die englischen Anleihen, Stieglitz und Prämienanleihen belebt, letztere um mehrere Procente steigend. Rumänische Eisenbahnen-Obligationen wurden viel gehandelt; Tabaksaften 402½ a. 405 bezahlt. — Banaten waren still und ziemlich fest. Eisenbahnen fest, Rheinische, Köln-Mindener, Bergisch-Märkische, Aachen-Mastrichter zum Theil höher und alle belebt; Böhmisches Weltbahn wurde auch viel gehandelt.

Inländische Prioritäten fest, Mastrichter belebt und höher; Potsdamer 5 prozent 99½ bezahlt. Von österreichischen waren Rudolfsbahn matter, Czernowitz 2. und 3. Emission gut zu lassen; Russische mehr offerirt. Asow-

Pfundstücke gefragt, Kurst.-Cherkow höher. — Wechsel begeht und höher. — Sächsische Hypotheken-Pfandbriefe 56½ bezahlt.

Breslau, 2. März. Bei ruhiger, jedoch fester Haltung waren die Kurse im Allgemeinen wenig verändert. Österreichische 1860er Loose und Italiener begeht.

Öffiziell gekündigt: 400 Ctnr. Rüböl und 25.000 Quart Spiritus.

Liegen geblieben: 100 Ctnr. Rüböl und zwar Schein Nr. 232. Schlusskurse. Österreich. Loose 1860 86½ etw. Rl. do. 1864 71½ B. Bayr. Anleihe —. Minerva 52½ Rl. G. Schlesische Bank 117½ B. Österreich. Kredit.-Banknoten 121½ B. Oberschlesische Prioritäten 75 B. do. 83½ Rl. do. Lit. F. 89½ B. do. Lit. G. 88½ G. Rechte Oder-Ufer-Bahn 91½ Rl. B. Nit.-Freib. 112½ B. Oberösterreich. Lit. A. u. C. 176—177½ Rl. Lit. B. 161 G. Rechte Oder-Ufer-Bahn 91½ Rl. B. Rosel-Oderberg 114½ Rl. Amerikaner 86½ Rl. B. Italienische Anleihe 57½ G.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 2. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Matter. Silber-Rente 59½, Papier-Rente 53. Nach Schluß der Börse fest. Kreditanleihen 286½, 1860er Loose 85½, Staatsbahn 310½, Amerikaner 86½.

Schlusskurse. 6% Verein. St. Anl. pro 1882 86½. Türken 41. Österreich. Kreditanleihen 286½.

franz. St.-B. Aktien 311. 1860er Loose 85. 1864er Loose —. Lombarden 226½.

Druck und Verlag von W. Deder & Co. (E. Rössel) in Breslau.

gew.) 63—64 Lth. pr. 2125 Pfds. Bollgem. heller 131—134 Pfds. holl. (85 Pfds. 23 Lth. bis 87 Pfds. 22 Lth. Bollgewicht) 65—66 Lth. pr. 2125 Pfds. Bollgewicht.

Roggen, 45—46 Lth. pr. 2000 Pfds. Bollgewicht.

Gerste, kleine 38—40 Lth. pr. 1875 Pfds. Bollgewicht.

Große Gerste 44—46 Lth. pr. 1875 Pfds. Bollgewicht.

Kocherbsen 50—52 Lth. pr. 2250 Pfds. 3½ G.

Hafer 28—30 Lth. pr. 1250 Pfds. Bollgewicht.

Spiritus 14½ Lth. (Bromb. Stg.)

Telegraphische Börsenberichte.

Köln, 2. März, Nachmittags 1 Uhr. Schneewetter. Weizen fest.

lolo 6, 20 a 7, pr. März 6, 2, pr. Mai 6, 4½, pr. Juni 6, 6, pr. Juli 6, 8, Roggen fest, lolo 5, 15 a 20, pr. März 5, 6, pr. Mai 5, 6. Rüböl fest, lolo 11½, pr. Mai 11½, pr. Oktober 11½. Leinöl lolo 10½.

Spiritus lolo 18½.

Breslau, 2. März, Nachmittags. Unbelebt.

Spiritus 8000 % Et. 14½. Roggen pr. März—April 47, pr. April—Mai 47½. Rüböl pr. April—Mai 9½, pr. Herbst 10. Raps fest.

Sink fest.

Bremen, 2. März Petroleum, Standard white, unverändert, lolo 6½.

Hamburg, 2. März, Nachmittags.

Getreidemarkt. Weizen und Roggen flau. Weizen pr. März 5400 Pfnd netto 114½ Vantothaler Br., 113½ Gd., pr. März—April 114½ Br., 113½ Gd., pr. April—Mai 116 Br., 115 Gd., pr. Juni—Juli 117 Br., 116 Gd. Roggen pr. März 5000 Pfnd Brutto 89 Br., 88 Gd., pr. März—April 88 Br., 87 Gd., pr. April—Mai 87 Br., 86 Gd., pr. Juni—Juli 88 Br., 87½ Gd. Hafer flau. Rüböl fest, lolo 20½, pr. Mai 21, pr. Oktober 22. Spiritus ruhig, pr. März 20½, pr. Frühjahr 21. Kaffee fest. Sink fest aber ruhig. Petroleum geschäftlos, lolo 16½, pr. März 15½, pr. Juli—Dezember 16½. — Schne.

Liverpool, 2. März, Nachmittags. Baumwolle: 5000 Ballen Umsatz, davon für Spekulation und Export 500 B. Einzelne Sorten g niedriger, Middle Orleans 12.

Manchester, 2. März, Nachmittags. Garne, Notirungen pr. Pfds. 30r Water (Clayton) 16½ d. 30r Mule, gute Mittel. Qualität 13 d. 30r Water, bestes Seppinst 16½ d. 40r Mayoll 14½ d. 40r Mule, beste Qualität wie Taylor ic. 16½ d. 60r Mule, für Indien und China passend 17½ d. Stoffe, Notirungen per Stück: 8½ Pfds. Shirting, prima Calvert 132, do. gewöhnlich gute Mates 121½, 43r inches 17½, printing Cloth 9 Pfds. 2—4 oz. Wenig Geschäft, Notirungen irregulär.

Paris, 2. März, Nachmittags.

Rüböl pr. März 80, 25, pr. Juli—August 80, 00, pr. September—Dezember 86, 50 Baisse. Mehl pr. März 54, 75, pr. Mai—Juni 55, 75, pr. Juli—August 56, 50 Baisse. Spiritus pr. März 67, 00 Baisse.

Amsterdam, 2. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten.

Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen und Roggen lolo etwas flauer, doch ziemliches Geschäft. Roggen pr. März 195. Raps pr. Herbst 67. — Wetter veränderlich.

Antwerpen, 2. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.